

STADT KARLSRUHE
Stadtamt Durlach

Niederschrift Nr. 9/2021

über die Sitzung des Ortschaftsrates Durlach
am: Mittwoch, 15. September 2021
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:32 Uhr

in Karlsruhe-Durlach, Festsaal in der Karlsburg

Vorsitzende: Ortsvorsteherin Alexandra Ries
stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche (zeitw.)

Zahl der anwesenden Ortschaftsräte: 19

Es waren anwesend:

CDU: OR Henkel, OR Kehrlé, OR Müller, OR Miersch, OR Griener

B'90/Die Grünen: OR Pötzsche, OR Dr. Klingert, OR Köster, OR Stolz,
OR Ruf, OR Elke Frey

SPD: OR Dr. Rausch, OR Oppelt, OR Siebach

FDP: OR Dr. Noé, OR Malisius

FW: OR Wenzel, OR Yesil

AfD: OR Bruker

DIE LINKE: -

Es fehlten:

a) entschuldigt: OR Isele, OR Dr. Wagner, OR Frey

b) nicht entschuldigt: -

Schriftführer:

Matthias Hoffmann (StaDu)

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: Herr Backhaus (AfA), Frau Hennings
(Stpla), Frau Ganter (Büro Schöffler), Herr Rahn (Stpla), Herr Rößler (StaDu)

Die Einladung zu dieser Sitzung, datiert vom 24. August 2021, Zeit, Ort und Tagesordnung sind am 10. September 2021 in der Stadtzeitung der Stadt Karlsruhe ortsüblich bekanntgegeben worden.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,
17:00 Uhr

Blatt 1

Der Vorsitzende (stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) begrüßt die Anwesenden zur heutigen Ortschaftsratssitzung nach der Sommerpause. Vor Eintritt in die Sitzung möchte er mitteilen, dass Frau Ortschaftsrätin Isele, Frau Ortschaftsrätin Anna Frey und Herr Ortschaftsrat Dr. Wagner für die heutige Sitzung entschuldigt seien.

Frau Ortsvorsteherin Ries werde sich etwas verspäten.

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 1: Jahresbericht Amt für Abfallwirtschaft**

Blatt 1

Der Vorsitzende (stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) ruft **TOP 1, Jahresbericht Amt für Abfallwirtschaft** auf und begrüßt hierzu Herrn Backhaus, der ein Update über die Aufgaben und Tätigkeiten des Amtes geben werde.

Herr Backhaus (AfA) begrüßt die Anwesenden. Wie jedes Jahr werde er den jährlichen Tätigkeitsbericht des Amtes für Abfallwirtschaft vorstellen. Frau Ries habe gesagt, er solle auf die Zeit achten und deshalb werde er versuchen, dies im Schnelldurchlauf zu machen. Er gehe nun kurz auf die Punkte ein, die er besprechen wolle. Dies seien Neuigkeiten im Anlagenverbund Ost (AVO), bzw. Deponie Ost, der Entsorgungslogistik und der Stadtreinigung und abschließend habe er Infos zur Öffentlichkeitsarbeit.

Zum Anlagenverbund Ost könne er sagen, dass hier momentan arten- und naturschutzrechtliche Gutachten dahingehend Probleme machen würden, dass es hier zu stärkeren Verzögerungen komme. Deshalb gehe man davon aus, dass mit einer Genehmigung nicht vor Frühjahr 2022 zu rechnen sei. Dies habe natürlich auch Auswirkungen entsprechend auf die darauf aufbauende Baumaßnahme. Gegenwärtig gehe man deshalb davon aus, dass mit der Sanierung der Deponie und dem Bau des Oberflächenabdichtungssystems erst in 2022, überlappend 2023 begonnen werden könne, wodurch die Fertigstellung voraussichtlich erst 2025 als möglich erscheine. In Kooperation mit der KASIG habe es im Zeitraum 2018-2021 Anlieferungen von Deponieersatzstoffen, also Erdaushub, aus der Baumaßnahme Kiesstraßentunnel in einer Quantität von 40.000 m² gegeben, wobei hier teilweise zwischengelagert worden sei.

Er fährt fort mit Informationen zur Entsorgungslogistik. Diese habe natürlich die derzeitige Pandemie ziemlich stark im Griff gehabt. Man müsse die Mitarbeitenden und natürlich auch allen Bürgerinnen und Bürger, die das Bring-System nutzen, d. h. die Wertstoffhöfe, mit entsprechenden Schutzmaßnahmen schützen und dies habe das Amt in 2021 vor große Herausforderungen gestellt. Man habe in den Sammelfahrzeugen mit einer begrenzten Anzahl von Mitarbeitenden auskommen müssen, wodurch das Amt einen höheren Mehraufwand gehabt habe, um die Mitarbeitenden in die Sammelgebiete zu bekommen. Nach wie vor bestehe in den Fahrzeugen, wenn mehr als eine Person dort drin ist, die Maskenpflicht. Ein weiterer starker Einfluss sei gewesen, dass die Hälfte der Sammelfahrzeuge inklusive des zugehörigen Personals zeitweise in einer anderen Liegenschaft außerhalb der Ottostraße ausgelagert gewesen sei. Im Moment bestehe für die Liegenschaften der Ottostraße weiterhin nur eingeschränkte Zutrittsmöglichkeiten. Man habe auch im laufenden Jahr eine sehr hohe Frequenz an den Wertstoffhöfen festgestellt. Zeitweise habe man dieses Aufkommen steuern müssen, indem man Mitarbeitende einer Sicherheitsfachfirma eingesetzt habe. Ein wichtiges Projekt in diesem Jahr sei das Projekt „Bechippung der Abfallbehälter“. Dieses Projekt habe das Ziel einer flächendeckenden Bechippung aller Bioabfallbehälter und die Nachbechippung von Abfallbehältern aller anderen Fraktionen. Ausgenommen seien die Wertstoffbehälter. Grundlage für dieses Projekt sei, dass man die Entsorgungslogistik weiterentwickeln wolle und hier eine verstärkte Nutzung elektronischer Medien in Anspruch nehmen wolle und eine viel transparentere

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 1: Jahresbericht Amt für Abfallwirtschaft

Blatt 2

Aufzeichnung sämtlicher abfallgebühren-relevanter Daten. Ein weiteres Projektziel sei natürlich der Datenabgleich insgesamt, d.h. der Abfallbehälter mit der Datenbank. Darauf aufbauend werde man anfangen, die Erschwernisse vor Ort zu erheben. D. h. man wolle wissen, welche Aufwendungen die Mitarbeitenden haben, um die Behälter im Rahmen des Vollservices, aus den Liegenschaften heraus zu schaffen und wieder hinein zu schaffen. Hier gehe es um Dinge wie Entfernung zum Behälterstandplatz, Lagerort, Gefälle und Anzahl der Treppenstufen. Dies werde letztlich auch alles erhoben in diesem Projekt. Darauf aufsatteln werde die Überarbeitung der Tourenplanung, wo auch die tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort berücksichtigt werden. Es werde eine Sichtkontrolle der Trennqualität zur Information der Anschlussnehmenden geben, wobei eine rote Karte hier für Fehlbefüllung stehen werde. Man wolle damit weiterhin die Haushalte sensibilisieren, über ihr Trennverhalten nachzudenken. Es seien keine Sonderleerungen geplant und man nehme Kontakt mit den Haushalten auf, wenn es Dinge gebe, die verstärkt auftreten. Vor allem, wenn man feststelle, dass ungünstige Verhältnisse zwischen den Behältervolumina der einzelnen Abfallfraktionen untereinander bestehen.

Konkret zum Stadtteil Durlach könne er noch sagen, dass der Projektbeginn Ende Februar 2021 gewesen sei und man die Bechippung und den Behälterstandortabgleich im Prinzip abgeschlossen habe. Derzeit beschäftige man sich noch mit notwendigen Nacharbeiten. Beispielsweise finden noch Tonnentausche statt und es würden noch entsprechende Anschreiben versendet werden. Insgesamt habe man 3.300 Bioabfallbehälter bechipppt und ca. 18.700 Abfallbehälter aller Fraktionen, also Restmüll, Bioabfall, Papier und auch Wertstoffe seien mit der Datenbank abgeglichen worden. In rund 20 Fällen seien Schwarzbehälter oder Schwarzvolumen bereinigt worden. Es seien zahlreiche Unstimmigkeiten in Behältergröße und -anzahl bereinigt worden, vor allem bei Wertstoffbehältern und Bioabfallbehältern. Ein großer Dank gehe an alle Durlacherinnen und Durlacher, weil alle sehr freundlich zu den Mitarbeitenden vor Ort gewesen seien und auch viel Verständnis für die durchgeführten Maßnahmen gezeigt haben. Er zeigt ein Bild, wie die rote Anhängerkarte aussehe. Insgesamt sei die Trennqualität sehr gut gewesen. Von den überprüften Standorten seien nur rund 3 % durch eine schlechte Trennqualität aufgefallen. Bei der Nachkontrolle sei bei 92 % dieser Standorte eine Verbesserung dieser Trennqualität festgestellt worden. An Standorten, bei denen sich die Trennqualität nicht gebessert habe, seien die Eigentümerrinnen und Eigentümer angeschrieben worden. An Standorten, wo die Behältervolumina der einzelnen Abfallfraktionen nicht aufeinander abgestimmt sind, biete das AfA auch eine entsprechende Beratung an. Bei den Wohnanlagen werden in Kooperation mit den Wohnungsverwaltungen geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Trennqualität erarbeitet. Er zeigt die Zahlen der Entsorgungslogistik für die Gesamtstadt. Der dunklere Balken sei die Abfallmenge in Megagramm, also in Tonnen. Der hellere Balken sei die Anzahl der Behälter. Man sehe, bei der Anzahl von Behältern stehe an Nummer eins der Wertstoffbehälter, dann würden die Reststoffbehälter kommen, dann das Altpapier und das Schlusslicht werde von den Bioabfallbehältern gebildet.

Zum Thema Stadtreinigung könne er sagen, dass man auch hier coronabedingte Störungen im Betriebsablauf gehabt habe. Auch hier gelte die Maskenpflicht in Fahrzeugen.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 1: Jahresbericht Amt für Abfallwirtschaft

Blatt 3

Maximal drei Mitarbeitende würden im Fahrzeug mitgenommen werden dürfen. Man könne feststellen, dass die Zusammenarbeit der AfA-Mitarbeitenden im Stützpunkt „Am Zwinger“ sowohl mit dem Stadtamt Durlach als auch mit dem Gartenbauamt Durlach sehr gut funktioniere und auch in Coronazeiten sehr gut gearbeitet wurde. Seit Juli 2020 sei die Mannschaftsstärke der Stadtreinigung in Durlach von vier auf sieben Mitarbeitende, plus einem zusätzlichen Transportfahrzeug erhöht worden. Somit könne man nun auch die Reinigungsintervalle, vor allem in der Bergwaldsiedlung und auf dem Geigersberg, verkürzen. Der Wochenenddienst mit Leerung der stark frequentierten öffentlichen Abfallbehälter laufe ohne nennenswerte Vorkommnisse. Die Reinigung des Altstadtfestes sei in 2021 leider coronabedingt ausgefallen.

Er komme nun zum letzten Thema, zur Öffentlichkeitsarbeit. Hier habe man am vergangenen Samstag die Dreck-Weg-Wochen im Herbst gestartet, zusammen mit der RhineCleanUp-Maßnahme. Man habe sich dort in der Nähe von Rappen-Wörth am Bad getroffen und dort sei entsprechend schwerpunktmäßig gesammelt worden. Es seien sehr viele Bürgerinnen und Bürger unterwegs und diese haben aktiv bei der Beseitigung von Müll und Dreck am Flussufer mitgeholfen. Verschiedene Werbemaßnahmen, Anzeigen und Plakate würden dies entsprechend transportiert haben. Es habe auch viele Medienanfragen gegeben, z.B. vom Südwestrundfunk oder von Kabel Eins. Man sei hier sehr gefragt gewesen.

Des Weiteren könne er berichten, dass die Motive etwas verändert wurden. Auch hier in diesem Gremium sei geäußert worden, von den auf Kinder bezogenen Motiven bzw. Cartoon-Motiven weg zu gehen. Dies habe man nun mit richtigen Menschen aus Fleisch und Blut hinbekommen. Hier hoffe er, dass man auf einem guten Weg sei. Die Resonanz, die man von den Bürgerinnen und Bürgern dazu bekommen habe, lasse das Amt auf Gutes hoffen. Des Weiteren könne er zum Thema Abfalltrennung und Abfallvermeidung mitteilen, dass das Amt die Teilnahme an der europäischen Woche der Abfallvermeidung, die im November 2021 sei, plane. Hier müsse man abwarten, wie sich Corona weiterhin entwickle. Weiterhin sei man mit Plakaten, Werbung in Printmedien, digitalen Medien aber auch mit Fahrzeugwerbung unterwegs. Auch schwerpunktmäßig werde es weiterhin anzeigen- und themenbezogene Begleittexte in den Karlsruher Bürgerblättern geben. Man achte nach wie vor auf regelmäßige Veröffentlichungen im Wochenjournal Durlach und Grötzingen. Man biete Beratungsangebote für verschiedene Zielgruppen, insbesondere Angebote für Kinder und Jugendliche mit Puppentheater, Lernkoffer, Computerspiele und Müll AG etc. Dies sei momentan auch von der Coronalage abhängig. Es werde auch ein besonderes Anschreiben an die Schulen in Karlsruhe im Herbst 2021 bezüglich des richtigen Umgangs mit Abfällen geben. Corona geschuldet habe man sämtliche Führungen über Sortieranlagen und Wertstoffstationen, die sonst normalerweise im Herbst 2020 stattgefunden hätten, abgesagt. Man habe noch weitere Schwerpunkte in der Öffentlichkeitsarbeit. Man habe natürlich wieder den Malwettbewerb gestartet, dieser sei schon traditionell im AfA für alle Schulkinder bis zwölf Jahre. Beim Bioabfall gebe es eine Werbung zum Thema „richtiger Umgang mit Bioabfällen“ auf Plakaten in Print und Digital-

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 1: Jahresbericht Amt für Abfallwirtschaft**

medien und Aufklebern auf der Biotonne. Die Vorsammel-Gefäß-Aktion mit Infoständen habe man coronabedingt leider absagen müssen. In die Wertstofftonne dürfe seit 2021 kein unbehandeltes Holz mehr. Hier habe es auch entsprechende Informationen gegeben durch Plakate, Werbung in Printmedien und digitalen Medien und auch auf Fahrzeugen. Man habe auch neue Infoblätter. Im Internet auf www.karlsruhe.de/abfall könne man diese downloaden. Die Abfallvermeidung sei ein sehr wichtiges Schlagwort in der Abfallwirtschaft. Es gebe die Kampagne „Abfallarmes Picknick“, „Wohnungsauflösung in Karlsruhe und „was kommt wohin“.

Zum Thema der Umwandlung des Amtes für Abfallwirtschaft in einen Eigenbetrieb könne man sagen, dass man eine professionelle Agentur beauftragt habe, die letztendlich auch ein Corporate Identity und ein Kommunikationskonzept erstellen werde.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) begrüßt die Anwesenden, und bedankt sich für die ausführlichen Informationen. Er habe drei Fragen. Seine erste Frage betreffe die Rekultivierung. Man habe schon seit Langem Vorschläge gemacht für die Rekultivierung. Er sehe, dass sie nun wieder verzögert sei. Er hoffe, dass diese im nächsten oder übernächsten Jahr wirklich voran gehe und beginne. Hierzu habe er gerne nochmal eine Aussage von ihm. Dann sei mit ganz großem Aufwand ein Eidechsenzaun neben der Anlage gebaut worden. Er frage, ob die Eidechsen nun alle herübertransportiert worden sind und gerettet worden sind oder was hier geschehen ist. Seine dritte Frage sei, dass man vor langer Zeit den Rückbau der Bioabfallanlage gefordert habe, weil diese nicht mehr benötigt werde und dass hier wieder ein Feld entstehe. Auch hierzu wolle er eine Aussage.

Herr Backhaus (AfA) antwortet bezüglich der Rekultivierung, dass hauptsächlich die beauftragten Ingenieurbüros auch mit der Pandemie zu kämpfen haben. D. h. Abstimmungen mit anderen Gremien und Behörden haben nicht in Präsenz stattfinden können. Dies ziehe einen Genehmigungsprozess wahnsinnig in die Länge. Darüber hinaus sei man mit dem Ingenieurbüro, welches sich um den Artenschutz kümmere in Kontakt und es würde immer wieder neue Dinge geben, die man berücksichtigen müsse. Dies führe momentan dazu, dass sich diese Maßnahme weiterhin in die Zukunft verschiebe. Dies seien die großen Verzögerungen und die Gründe, die er nennen können.

Bei dem Eidechsenzaun müsse er gestehen, dass er noch keine Rückmeldung habe, ob jetzt wirklich auch die letzte Eidechse entsprechend, die Fachleute sagen vergrämt worden sei. Hier müsse er nochmals bei der Fachabteilung nachfragen, um hier erschöpfend Antwort zu geben. Beim Rückbau der Biovergärungsanlage sei es so, dass man einen Stau an Projekten habe. Man habe momentan den Rückbau der PME in der Innenstadt. Hier seien erst einmal sämtliche Ressourcen, die sich normalerweise mit den Deponien beschäftigen, im Einsatz. Man habe sehr viele Baumaßnahmen, auch in der Ottostraße. Man habe auch den neuen Wertstoffhof in Wetterbach, der gebaut werde. Momentan seien die personellen Ressourcen hoffnungslos überreizt. Deshalb könne man sich auch nicht um den Rückbau der Biovergärungsanlage kümmern. Man habe diese Priorität nach hinten

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 1: Jahresbericht Amt für Abfallwirtschaft**

verschieben müssen. Hier gelte es auch noch zu klären, da die Biovergärungsanlage bei der Entstehung Fördermittel bekommen habe, ob hier Fördermittel möglicherweise zurückbezahlt werden müssen. Dies sei momentan der personellen Situation geschuldet.

OR Kehrlé (CDU-OR-Fraktion) bedankt sich für den Vortrag und hat noch eine weitere Frage zu den gechippten Tonnen. Er fragt sich, ob sich damit künftig auch ein Kostenrahmen oder eine Abrechnung der einzelnen Tonnenleerungen bewerkstelligen lasse, weil dies dann Aufschluss darüber gebe, ob sie geleert worden sei oder nicht. Letztes Jahr würden durch Corona viele Gastronomiebetriebe keine Leerung gehabt haben, aber im Privathaushalt habe man mehr Abfall. Er fragt, ob dies zukünftig möglich sei.

Herr Backhaus (AfA) antwortet, dass wenn zukünftig alle Tonnen bechippt seien und man davon ausgehe, dass die Chips funktionieren, was in der Vergangenheit nicht so funktioniert habe, sei es in der Tat möglich, alle Leerungen aufzuzeichnen und zu einem späteren Zeitpunkt diese Leerung auch auf dem Bescheid erscheinen zu lassen. Es sei möglich und dies sei eigentlich auch der Weg, den man gehen wolle, aber hier müsse man noch entsprechend eine aktualisierte Software einführen und dann müsse es zu einer Harmonisierung mit den Stadtwerken kommen. Dies sei noch etwas Zukunftsmusik aber prinzipiell gehe es in die Richtung, die er meine.

OR Dr. Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) bedankt sich für den Vortrag. Sie habe zwei Fragen. Einmal zum Thema Qualität der Abfalltrennung und einmal zur Thema Straßensäuberung. Zum ersten, hier habe er gesagt, wenn die Trennqualität nicht gut sei, schreibe das Amt die Eigentümer an. Und dann sei die Trennqualität meistens besser. Sie fragt, was passiere, wenn dies nicht der Fall ist. Auch im Zusammenhang mit den Konzepten für größere Wohnanlagen. Zur Straßenreinigung würde sie interessieren, wie es hier mit dem Aufkommen oder der Benutzung von Wasser und Strom in den letzten Jahren ausgesehen habe und ob man Sparmaßnahmen ergriffen habe, weil man sich im Klimanotstand befinde und drittens interessiere sie, welche Einsatzkriterien es für diese Laubbläser gebe, denn soweit sie wisse, sei es so, dass diese für die Artenvielfalt in den Straßenrändern nicht besonders gut seien, weil sie die ganzen Insekteneier auseinander stäuben und die letzten Blätter wegmachen würden.

Herr Backhaus (AfA) antwortet zur Qualität der Abfalltrennung, dass es im Rahmen dieses Konzeptes erst einmal den Anhänger gebe, der im Prinzip den Anschlussnehmenden zeige, die Trennqualität sei nicht gut. Dies lasse sich in kleineren Haushalten etwas besser kommunizieren. Also in Häusern, wo höchstens acht bis zehn Parteien drin seien. In Wohnanlagen gehe man direkt an die Verwaltung. Denn es mache keinen Sinn, sich mit einzelnen Mietern auseinanderzusetzen, dies seien viel zu viele und dies sei auch viel zu anonym. Man gehe dann direkt an die Wohnungsverwaltung heran und bitte dann, als Multiplikator aufzutreten. Hier wolle man versuchen, entsprechend zu kommunizieren

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 1: Jahresbericht Amt für Abfallwirtschaft**

und darauf hinzuweisen, was man unternehmen müsse, um eine gute Trennmoral an den Tag zu legen. Erst zu einem sehr späten Zeitpunkt, wenn man merke, dass nichts fruchte, dann werde man auch einmal die Möglichkeiten ausschöpfen, die die Abfallsatzung gebe. Dies bedeute, dass man eine entsprechende Zwangsentleerung ansetze, die auch entsprechend bezahlt werden müsse. Aber dies solle eigentlich erst als aller letzter Schritt gemacht werden. Die meisten Leute seien verantwortlich und zeigen sich auch verantwortlich und wenn der ein oder andere darauf hingewiesen werde, dass er sich nicht richtig bewege beim Umgang mit Abfällen, seien die meisten eigentlich auch einsichtig. Dies sei seine Erfahrung.

Beim zweiten Punkt, Straßenreinigung und Benutzung von Wasser und Strom müsse er gestehen, hier wisse er nicht genau, worauf sie hinauswolle. Wasser nutze das Amt in den Kehrmaschinen, dies sei aber nicht viel Wasser. Man müsse den Staub, der aufgewirbelt werde mit dem Wasser entsprechend binden, dann werde er schwerer und dann werde er aufgesogen. Aber hier werde nicht viel verbraucht. Keine hunderttausend Liter am Tag. Beim Thema Strom gebe es die Marktlage momentan nicht her, dass man entsprechende E-Mobile in diesem Segment anschaffe, also bei den Straßenkehrmaschinen. Man habe hier einen Kostenfaktor, der teilweise bei eins zu vier liege, dies bedeute man sei auch aufgrund eines entsprechenden Gemeinderatsbeschlusses angehalten, wenn man etwas kaufe, entsprechende Fördergelder einzusetzen. Dies mache man auch, aber im Moment seien die Fahrzeuge, die am Markt erhältlich seien, für die Zwecke noch nicht brauchbar, weil die Reichweiten nicht da seien. Man wirke aber am Thema Klimaneutralität mit. Entsprechende EU-Beschlüsse hinsichtlich der Vehikel-Direktive würden entsprechende Zahlen und Werte vorgeben, die man einhalten müsse. Man müsse in bestimmten Zeiträumen einen gewissen Anteil mit alternativen Antrieben eingesetzt haben. Dies sei eine Verpflichtung, der man sich stelle und nicht einfach sei. Dies bedeute, man müsse künftig mehr Geld in die Hand nehmen. Die Förderung decke nur einen Teil der Mehrkosten ab. Mit der Förderung könne man nicht den großen Teil des Fahrzeugpreises bezahlen. Dies sei manchmal ein Irrglaube. Dem stelle man sich aber und hier sei man dran. Hier sei auch Frau Lisbach, die Bürgermeisterin von Dezernat 5 hinterher, dass man hier weiter vorankommen. Man würde gerne weiter sein, aber man versuche dies wirklich mit Volldampf umzusetzen.

Bezüglich der Laubbläser sei man als Amt für Abfallwirtschaft schon etwas weiter als das Gartenbauamt. Das AfA habe schon vor Jahren alles auf Elektro umgestellt. Hiermit habe man jetzt nicht diese Ströme, die dazu führen, dass diese kleinen Käfer durcheinandergewirbelt werden. Nichtsdestotrotz rede man mit den Mitarbeitenden und bitte darum, an bestimmten Stellen nicht zu viel Chaos zu hinterlassen. Mehr könne er dazu eigentlich nicht sagen.

OR Frey (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) führt aus, dass er die aktuelle Leerungs- und Tonnenlage in Karlsruhe erklärt habe. Nun schwebe über allem das Damoklesschwert des gelben Sackes. Sie fragt nach aussagekräftigen Informationen hierzu.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,**17:00 Uhr****Protokoll zu****TOP 1: Jahresbericht Amt für Abfallwirtschaft****Blatt 7**

Herr Backhaus (AfA) präzisiert, es sei das Damoklesschwert der gelben Tonne. Den Sack werde es nicht geben. Dies könne er garantieren. Es gebe eine gelbe Tonne. Es habe einen BNN-Bericht vor einer Woche gegeben. Er sei nicht so glücklich mit dem Bericht, es seien viele Dinge durcheinandergeworfen worden. Vor allem hinsichtlich der Kollegen im Landkreis Karlsruhe. Hier müsse man sagen, dass in dem Bericht Äpfel und Birnen verglichen worden seien. Man könne nicht beide Sondersammelsysteme, die sowohl der Stadt- als auch der Landkreis Karlsruhe bilde, nicht hundertprozentig vergleichen. Der große Unterschied sei, dass die Stadt selber mit eigenen Mitarbeitenden sammle. Dies mache der Landkreis nicht. Hier sei noch Altpapier in der Tonne, was abfallrechtlich eigentlich nicht mehr statthaft sei. Dies gebe es in Karlsruhe so nicht mehr. Man trenne ganz genau nach Abfallrecht, dies mache der Landkreis nicht. Wer es gelesen habe, im Artikel habe etwas von einer Überleitungsphase gestanden. Dies bedeute, auch hier werde sich etwas ändern. Auch hier werde sich etwas ändern. Hier werde über die weitere Perspektive der Wertstofftonne vom Kreistag entschieden werden müssen. Nebenbei bemerkt würden sich die rechtlichen Dinge geändert haben. In der bis 31.12.2018 geltenden Verpackungsverordnung sei enthalten, dass man als Stadt- oder Landkreis noch einseitig die Wertstofftonne vorgeben könne. Seit 01.01.2019 gelte das neue Verpackungsgesetz. Dieser Prozess gehe nur noch in einer einvernehmlichen Abstimmung mit den sogenannten Betreibern dualer Systeme. Dies bedeute, dass man fragen müsse, ob diese dies wollen, oder nicht. Wenn dies verneint werde, wie im Falle von Karlsruhe, dann bekomme man das mit der einheitlichen Wertstoffsammlung nicht mehr hin. Also die Erfassung von wertstoffhaltigen Verpackungsabfällen und wertstoffhaltigen sonstigen stoffgleichen Nichtverpackungen. Dies sei das Problem, was man in Karlsruhe habe.

OR Wenzel (Freie Wähler-OR-Fraktion) sagt aus, dass ihm die neue Werbekampagne besser gefalle, als beim letzten Mal. Deshalb gehe seine Frage in eine andere Richtung. Seit dem 1. Januar dieses Jahrs dürfe unbehandeltes Holz nicht mehr in die Wertstofftonne geschmissen werden. Er fragt, ob er hierzu zwei Sätze sagen könne, denn es kursiere das Gerücht, dass dies deshalb passiere, weil wenn man den Restmüll in die Verbrennungsanlage schicke, dann fehle der brennbare Stoff. Er fragt, ob man dies entkräften könne.

Herr Backhaus (AfA) antwortet, dass er von zwei Dingen spreche. Einmal von der Wertstofftonne und einmal vom Restmüll. Das Holz solle deswegen nicht in die Wertstofftonne geschmissen werden, weil der Eigentümer des Inhaltes, die Betreiber des dualen Systems seien. Und diese würden wünschen, dass dieses Holz nicht mehr in die Tonne komme. Die Betreiber würden gesagt haben, hier dürfe kein Holz mehr hinein und deswegen habe man das Reglement ändern müssen. Dies sei der Hintergrund.

OR Wenzel (Freie Wähler-OR-Fraktion) fasst nach, dass das Gerücht laute, dass es mit dem Müllverbrennungsprozess prozentual zusammenhänge.

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 1: Jahresbericht Amt für Abfallwirtschaft**

Herr Backhaus (AfA) wüsste dies nicht. Man habe die Leute dazu aufgerufen, das Holz, welches nicht hineindürfe, zu sammeln, und beim nächsten geplanten Besuch einfach zum nächsten Wertstoffhof zu bringen. Dies sei die Intention gewesen, zu mehr habe man nicht aufgerufen.

Der Vorsitzende (stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) hat das Gefühl, dass die Antwort für Herrn Wenzel noch nicht zufriedenstellend gewesen sei.

OR Bruker (AfD) bedankt sich für den Bericht und begrüßt die Kolleginnen und Kollegen. Er habe zum Projekt der Bechippung der Abfallbehälter noch Informationsbedarf und auch einen Kommentar. Er sei letztes Jahr auch dagewesen und hier habe man über Werbekampagnen und diverse Maskenpflicht im Müllwagen diskutiert, aber über eine Bechippung sämtlicher Abfallbehälter sei letztes Jahr kein Wort gekommen. Und am 19. Februar habe er auf der Homepage der Stadt Karlsruhe eine Pressemitteilung vom AfA gelesen, dass eine Bechippungs-Aktion in Gange sei und fortlaufe. Heute höre man, dass sie in Durlach praktisch schon abgeschlossen sei. Hier gefalle ihm die Reihenfolge der Ankündigung und die Transparenz der Bürgerschaft gegenüber nicht. Dann habe er die Frage, welche Daten mithilfe dieser Chips erhoben werden. Er frage sich, ob jeder Mülleimer auch gewogen und die Kilo-Zahl des Mülls gespeichert werde, sodass man am Jahresende per Knopfdruck sagen könne, Familie XY habe X Kilo Müll produziert. Er wüsste gerne, was hier erhoben werde. Dann frage er sich auch nach der Kosten-Nutzen-Rechnung. Man habe 20.000 Chips verbaut und damit 20 Schwarzbehälter an den Tag gefördert. Also 1.000 Chips für einen Falschbehälter. Er wisse nicht, ob dies in einem Verhältnis stehe. Und er frage sich, was das Ziel des Projekts sei. Es sei etwas nebulös formuliert. Es sei die Grundlage für die weitere Entwicklung der Entsorgungslogistik. Dies könne nun alles sein. Und im nächsten Punkt sei ein nächstes Projektziel der Datenabgleich der Abfallbehälter mit der Datenbank des AfAs als Basis für weitere Aufgaben. Hier frage er sich, was als Nächstes komme und ob in zwei Jahren jede Mülltonne mit einer Kamera ausgestattet werde. Er frage sich, welche Pläne damit verbunden seien. Dies wolle er, vielleicht nicht heute, aber zumindest vor der nächsten einer solchen Aktion im Voraus wissen.

Herr Backhaus (AfA) tue es leid, dass er zu spät informiert worden sei. Dies sei nicht dessen Anliegen gewesen. Man müsse mit den eigenen Entscheidungen auch erst einmal in die Fachgremien, bevor man nach außen gehe. Dies dauere manchmal. Man habe 2020 ein sehr markantes Ereignis gehabt und zwar die Oberbürgermeisterwahl, die das Amt etwas durcheinandergewirbelt habe und den ursprünglichen Zeitplan teilweise zur Makulatur hat werden lassen. Dies habe gerade bei dem Bechippungsprozess dazu geführt, dass man letztlich für den eigenen Start weniger Zeit gehabt hatte, als man ursprünglich geplant hatte. Dies sei die Erklärung dafür. Prinzipiell wolle man natürlich umfassend informieren. Man habe dann auch kurzfristig umfassend informiert, sodass jede Bürgerin und jeder Bürger wissen konnte, dass man unterwegs sei. Wenn dies zu spät bei ihm

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 1: Jahresbericht Amt für Abfallwirtschaft**

angekommen sei, dann tue es ihm leid, dies sei nicht das Ansinnen gewesen. Zum Kosten-Nutzen-Verhältnis müsse man sagen, dass man in Durlach ein sehr gut bestelltes Feld habe. Dies bedeute, man habe, was das Thema Trennmoral betreffe, in Durlach den besten Stadtteil, den man sich wünsche. Deswegen sei der Anteil an Schwarzbehältern entsprechend gering, was das Amt aber freue. Nichtsdestotrotz werde durch den Abgleich auch festgestellt, ob der richtige Behälter dort stehe und man habe viele Behälter austauschen müssen. Dies führe dazu, dass auf der einen Seite die richtige Kapazität stehe und auf der anderen Seite habe dies auch dazu geführt, dass mehr Gebühren bezahlt werden müssen. Eine größere Tonne bedeute natürlich mehr Gebühren, dies sei aber nicht Sinn und Zweck gewesen. Das Projekt solle nicht dazu dienen, die Menschen abzuzocken. Es gehe nur darum, die Volumina bei den Haushalten stehen zu lassen, die bedarfsgerecht seien.

Die Entwicklung der Entsorgungslogistik gehe weg vom Papier und hin zur Digitalisierung und hier brauche man letztlich Komponenten an der Tonne, die man nutzen könne. Man werde schrittweise die sogenannte Telematik einsetzen d. h. man könne dann fahrzeuggebunden Daten erheben, aber man wolle jetzt nicht erheben, wie viel Geld man im Portemonnaie habe, sondern man wolle bei der Tonne nur erheben, ob man sie geleert habe oder nicht geleert habe. Als potentieller Abfallgebühren-Schuldner habe man ein Recht darauf, dass man auf Nachfrage nachweisen könne, dass die Tonne auch geleert wurde. Dies sei Sinn und Zweck der Chips. Mehr mache dieser Chip nicht. Der Chip sei eigentlich ein dummes Stück Eisen. Hier sei eine Identifikationsnummer drin, sonst stehe dort überhaupt nichts drin. Mehr sei nach der DSGVO auch nicht möglich. Dementsprechend werde auch nur diese eine Nummer weitertransportiert. Im System werde dann eine Zuordnung gemacht, wem der Behälter gehöre.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) bedankt sich für den Bericht. Er habe bereits zweimal öffentlich kritisiert, dass ihm die Werbung nicht so gut gefallen habe. Hierfür bedankt er sich, die neue Kampagne mit den echten Menschen gefalle ihm wirklich besser. Diese sei pfiffig und er fühle sich dadurch angesprochen. Sie spiele mit Worten, dies glaube er sei die richtige Kommunikation zwischen dem mündigen Karlsruhe Bürger als Kunde und des AfAs als Dienstleisters. Dies finde er sehr positiv und in diese Richtung solle man weitergehen. Man sehe, dass die Kommunikation funktioniere und bei Fehlwürfen eine rote Karte hinhänge. Dass die Fehlwürfe deutlich besser werden sei ein Zeichen, auf welche Augenhöhe man hier zwischen Dienstleister und Bürger kommunizieren solle. Er bedankt sich auch für den Hinweis mit dem chippen. Er sei aus datenschutzrechtlichen Gründen auch erstmal wach geworden, als er dies gelesen habe. Jetzt habe er verstanden, dass es früher ein Aufkleber gewesen sei, dass die Tonne Familie XY gehöre und nun sei es ein Chip und man mache eine Digitalisierung. Dies sei sehr begrüßenswert, wenn man in diese Richtung etwas optimiere. Ansonsten, wenn hier weitergehende Daten erhoben werden, vertraue er ganz auf die Verwaltung und auf den Gemeinderat, denn dies sei ein stadtweites Problem.

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 1: Jahresbericht Amt für Abfallwirtschaft**

Herr Backhaus (AfA) wolle ergänzen, dass es nach wie vor einen Aufkleber gebe. Nur auf diesem Aufkleber stehe auch nicht der Name drauf.

OR Müller (CDU-OR-Fraktion) hat eine kurze Frage und möchte einen Schwenk zurück zur zukünftigen gelben Tonne machen. Es gehe um die stoffgleichen Nichtverpackungen als solches, die zukünftig sehr stark reglementiert sein werden und nicht mehr in die gelbe Tonne eingebracht werden dürfen. Diese würden also vom jeweiligen Haushalt eigenständig zur Entsorgung an den jeweiligen Wertstoffstation gebracht werden müssen. Seine Frage sei, ob es zukünftig auch über den Straßensperrmüll zu entsorgen sein werde. Eine weitere Frage sei, ob man an eine Art Pilotversuch für den größten Stadtteil in Durlach denke, wo man sage, einmal im Jahr werden die stoffgleichen Nichtverpackungen aus den Haushalten über den Straßensperrmüll eingesammelt. Er fragt, ob man an sowas denke.

Herr Backhaus (AfA) sagt aus, dass man sich hier in einem Ideenfindungsprozess befinde, wo das Thema Miterfassung über den Sperrmüll auf Abruf entsprechend eine Rolle spiele. Es sei auch vorstellbar, dass ein System installiert werde, analog zum Schadstoffmobil. Man verlange von den Bürgerinnen und Bürgern zwar schon, dass diese ihre stoffgleichen Nichtverpackungen in die Hand nehmen, aber man müsse nicht so weit laufen, sondern nur bis zum nächsten Mobil. Man versuche momentan alle Möglichkeiten abzuklopfen. Man habe auch mit anderen Stadt- und Landkreisen Gespräche geführt. Man dürfe nicht vergessen, von den 401 Stadt- und Landkreisen, würden nur 10-12 % eine Wertstofftonne betreiben. Dies sei ca. ein Achtel. Dies bedeute, es gebe in der gesamten Bundesrepublik Deutschland höchstens ca. 40 Wertstofftonnen. Dies sei ein System, welches nicht flächendeckend da sei. Zum großen Teil in Großstädten. Dies müsse man erst einmal berücksichtigen. Nichtsdestotrotz wolle man schauen und dafür Sorge tragen, dass die betroffenen Bürgerinnen und Bürger unterstützt werden und dass man den Aufwand so gestalte, dass der und die Einzelne sage, er könne damit leben. Zuvor müsse man aber noch die Abstimmungsvereinbarung mit den Betreibern dualer Systeme auf Papier bringen und der Gemeinderat müsse noch zustimmen. Und dies sei die Aufgabe. Als Abschluss wolle er noch eine Zahl nennen. Man rede pro Haushalt über eine Menge von acht Kilogramm stoffgleichen Nichtverpackungen im Jahr.

Der Vorsitzende (stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) stellt keine weiteren Wortmeldungen fest. Er dankt ihm und stellvertretend für seine Mitarbeitenden, dass sie auch während der Corona-Zeit diese hohe Qualität der Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger aufrechterhalten konnten. Sicherlich sei dies keine leichte Aufgabe, aber man habe es geschafft.

Herr Backhaus (AfA) bedankt sich auch und wünscht allen noch einen schönen Abend.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 2: Vorbereitende Untersuchungen Durlach Stadteingang –
Bericht und Antragstellung

Blatt 1

Der Vorsitzende (stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) ruft **TOP 2, Vorbereitende Untersuchungen Durlach Stadteingang** mit gleichzeitiger Antragstellung auf Aufnahme in das Programmjahr 2023 innerhalb des städtebaulichen Erneuerungsprogramm Stadteingang Durlach, auf.

Hierzu wolle er anmerken, dass im Rahmen der Mitzeichnungen der Beschlussvorlage das Stadtamt mitgeteilt und gespiegelt habe, dass der Ortschaftsrat in seiner Sitzung vom 12. Mai 2021 die Aufnahme in das Förderprogramm 2022 beantragt habe. Er denke, dass man jetzt einen kurzen Bericht darüber bekomme, warum es erst 2023 stattfinden könne oder was vielleicht doch noch für das Jahr 2022 spreche. Er begrüßt hierzu Frau Hennings vom Stadtplanungsamt und Frau Ganter vom Büro Schöffler.

Frau Hennings (Stpla) begrüßt die Anwesenden. Frau Ganter vom Büro Schöffler werde das Ergebnis der vorbereitenden Untersuchungen vorstellen. Sie werde später zur Kosten- und Finanzierungsübersicht noch etwas sagen und nun werde man gleich starten.

Frau Ganter (Büro Schöffler) begrüßt die Anwesenden. Sie wolle in aller Kürze noch einmal die Ergebnisse vorstellen. Auf der ersten Folie gehe es um den Beschluss 2019 zur Einleitung der vorbereitenden Untersuchungen und hier habe man noch das abgegrenzte Sanierungsgebiet mit knapp 17 Hektar angenommen. Es umfasse natürlich den Stadteingang von Durlach mit anschließender Bebauung des Bahnhofareals. Es seien prägnante Gebäude aber auch Freiräume. Der Vorbereich des Bahnhofs sei wichtig und diesen habe man auch untersucht. Man habe schon im Gremium von der Bürgerbeteiligung berichtet, die man noch stattfinden lassen konnte. Diese Ergebnisse seien in die vorbereitenden Untersuchungen eingeflossen. Man sehe den Vorschlag für die Abgrenzung für das Sanierungsgebiet in rotmarkierter Farbe. Rot markiert seien die Stellen, die man neu mit aufgenommen habe. Man habe das Gebiet im Bereich hinter der Pestalozzischule und um den Straßenbereich mit Kreuzungsbereich erweitert. Man würde vorschlagen, diese noch mit aufzunehmen und auf der anderen Seite habe man das Areal der Festhalle Durlach mit hineingenommen, mit einem Stück der Gärtnerstraße und dem dazugehörigen Parkplatz. Damit habe das Gebiet sich auf etwa 17 Hektar vergrößert. Man habe heute das Maßnahmenkonzept noch einmal mitgebracht. Hier sehe man ganz gut, welche Maßnahmen angedacht seien, auch schwerpunktmäßig, was in den nächsten Jahren umgesetzt werden solle. Im Plan sehe man eigentlich sowohl Probleme bzw. Maßnahmen im Bereich von Gebäuden und Bausubstanzen. Je dunkler die Gebäude, desto schlechter sei der Bauzustand. Es gebe auch im Bereich der Straßen Missstände. Man habe die Freibereiche, die wichtig im Stadteingang seien. Auch der Grünbereich vor der Pestalozzischule als einer der wenigen Grünbereiche in der Form, wo man sich auch aufhalten können. Man habe auch den Postplatz mit in den Schwerpunkt hineingenommen. Auch das P90 und der sogenannte Stachus sei ein Schwerpunktbereich. Man sehe, dass es eine Fülle an

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 2: Vorbereitende Untersuchungen Durlach Stadteingang –
Bericht und Antragstellung**

Blatt 2

Maßnahmenschwerpunkten sei. Auch die Untermühlsiedlung gehöre dazu. Es seien Maßnahmenschwerpunkte, die sowohl Freiräume betreffen würden, als auch bauliche Strukturen. Sie gehe nun zum Neuordnungskonzept, wo man umgesetzt sehe, was sich in den nächsten Jahren tun solle. Man habe den Vorplatz mit der Bahnhofunterführung an der Untermühlsiedlung, der barrierefreie Zugang sei hier ein wichtiges Thema und die Umgestaltung der Unterführung. Hier habe man auch beim Spaziergang diskutiert, was hier verbessert werden könne. Hier sei es um Überdachung, Beleuchtung und Platzgestaltung an der Untermühlsiedlung als Auftakt gegangen. Man sehe auf der anderen Straße die Umgestaltung des Bahnhofvorplatzes als Schwerpunkt und Vergrößerung des Vorbereichs, veränderte Verkehrsführung, Optimierung der Verkehrsführung, verbesserte Orientierung im ganzen Gebiet, Neuordnung und Gestaltung des Busbahnhofs, Aufwertung des Willmar-Schwabe-Parks, qualitätsvolle Grünfläche und eine bauliche Ergänzung in diesem Bereich. Die Pfinztalstraße mit dem P90 habe sie schon angesprochen, hier gehe es um die Nachnutzung. Vielleicht ein Ersatzbau für das jetzige Gebäude, mit einer entsprechenden Freiraumqualität und Nutzungsqualität an dieser besonderen Stelle. Man sehe im unteren Bereich einen großen Schwerpunkt und diesen habe man südlich und an der Durlacher Allee gesetzt, mit der Modernisierung von Gebäuden, die sich in unterschiedlichem baulichem Zustand befinden würden. Hier gebe es trotzdem noch das Potenzial für eine partielle Nachverdichtung. Es gebe noch eingeschossige Gebäude, diese könne man vielleicht optimieren. Man sehe die Innenbereiche von den großen Gebäudeblockflächen. Hier sei es teilweise sehr versiegelt im Innenbereich. Hier gehe es darum, diese Bereiche klimatisch zu verbessern, z.B. durch Begrünung oder Rückbau von nicht mehr benutzten Nebengebäuden, um einfach die Wohnqualität zu verbessern. Wie bereits angesprochen habe man auch das Areal der Festhalle Durlach mit hineingenommen. Hier gehe es um die Neuordnung des Bereichs. Auch die Parkplatzsituation sei miteinbezogen worden und hierfür sei auch eine Machbarkeitsstudie vonnöten, was an dieser wertvollen Stelle gemacht werden könne. Dann gebe es noch die Umgestaltung des Postplatzes als einer der Freiräume, hier gehe es um den Erhalt der Bäume, die Neuordnung von Parkplätzen und eine einheitliche Oberflächengestaltung. Allgemein habe man auch die Querungssituationen, sei es eine Unterführung oder die Barrierefreiheit. In manchen Bereichen sei es als Schwerpunkt aufgeführt. Zu nennen sei die Unterführung Auerstraße, oder auch die Unterführung Hauptbahnstraße. Zuletzt zeigt sie die Grünfläche an der Pestalozzischule. Hier gehe es darum zu prüfen, wie eine Aufwertung von diesem Grünbereich vollzogen werden könne und auch eine Ergänzung des Baumbestandes und eine Aufwertung des Spielplatzes.

Frau Hennings (Stpla) stellt die Kosten- und Finanzierungsübersicht vor. Man habe diese ganz bewusst für den Durlacher Stadteingang auf zwei Prioritäten aufgeteilt. Priorität-1 sei seit jeher der Fokus des Ankommens und die Aufwertung des Eingangs von Durlach. Dies erstrecke sich hauptsächlich auf den Bahnhofsvorbereich, die Achse und den Stachus,

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 2: Vorbereitende Untersuchungen Durlach Stadteingang –
Bericht und Antragstellung**

der schon jahrzehntelang ein Thema sei, wo man etwas tun solle, aber schwierig sei, aufgrund der Verkehrsflächen. Und dies bilde sich auch in der Kosten- und Finanzierungsübersicht deutlich ab. Allein beim Bahnhofsvorbereich sei man bei 4,5 Mio. Euro. Der Stachus sei mit 2,2 Mio. Euro veranschlagt. Dies seien die großen Maßnahmen für das Gebiet. Die Priorisierung sei zum einen aufgrund der Haushaltslage vorgenommen worden, zum weiteren auch deshalb, dass das Regierungspräsidium sehe, wo der Fokus und bzw. der Schwerpunkt liege. Somit sei man in Summe aller Maßnahmen auf 19 Mio. € gekommen. In Summe für Priorität-1 habe man 16,1 Mio. und für Priorität-2 habe man 3 Mio. Euro. Dies bedeute aber nicht, dass man die Priorität-2-Maßnahmen nicht realisieren wolle. Sie zeigt noch einmal bildlich, das orange die Priorität-1-Maßnahmen seien und die Priorität-2-Maßnahmen blau markiert seien. Hier gehe es um Straßenumbaumaßnahmen und Unterhaltungsmaßnahmen, die die Stadt sowieso angehen müsse. Die städtebaulichen Schwerpunkte seien aber im orangenen Bereich. Dies sei die Aufenthaltsqualität und das Thema Klima. Das Thema Klima nehme auch immer mehr an Gewicht zu. Die Zahlen bezüglich der Fördermittel, die man bekomme, wurden mit 60 % durchgerechnet. Hier sei es immer so, dass manche Maßnahmen, zum Beispiel das Thema Festhalle, nicht vollständig förderfähig sein würden, somit betrage der Kofinanzierungsanteil typischerweise 40 %, er könnte zum Teil aber auch etwas niedriger liegen. Diese Maßnahmenübersicht verändere sich zum Teil auch nochmal, wenn man in die Sanierung einsteige, dies wisse man aus anderen Sanierungsgebieten, weil sich eine andere Entwicklung auf tue und eine weitere Maßnahme hinzukomme. Dies sei nicht abschließend. Hier könne man nie abschließend sagen, es bleibe bei den 19 Millionen. Es könne mehr oder weniger werden. Diese Flexibilität habe auch die Stadt und Ministerium, dass man agieren könne und die Bürger beteiligen und darauf reagieren könne.

Frau Ganter (Büro Schöffler) führt aus, dass eine wichtige Frage immer sei, welches Sanierungsverfahren gewählt werde. Es sei keine Entscheidungs- oder Wahlfreiheit, sondern es müsse gut begründet sein. Nach Rücksprache zwischen dem Stadtplanungsamt, dem Liegenschaftsamt und der Grundstücksbewertungsstelle habe man es entschieden. Man sei zu dem Schluss gekommen, dass das vereinfachte Sanierungsverfahren zum Tragen komme, weil man keine Bodenwerterhöhungen im Bereich der Neugestaltung des Bahnhofsbereiches voraussehe, aber auch nicht durch eine mögliche Bebauung zwischen dem Bahnhofsvorplatz und der Durlacher Allee, weil es schon bestehendes Baurecht gebe. Ebenfalls keine Bodenwerterhöhung rufe der Bereich Stachus und Pfinztalstraße hervor. Hier sei der Grund, da die planerischen Möglichkeiten, den Straßenraum zu gestalten, eher begrenzt seien und keine grundlegende Änderung der Flächenaufteilung passiere. Ebenso sei ein Argument für das vereinfachte Verfahren, dass keine Bodenwerterhöhungen durch mögliche Verlagerungen der Gewerbebetriebe in der Auerstraße zehn und zwölf zustande komme. Die Gebietstypologie würde erhalten bleiben. Auch durch eine Neugestaltung von Unterführungen, Straßen und Plätzen gebe es keine Erhöhung und

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 2: Vorbereitende Untersuchungen Durlach Stadteingang –
Bericht und Antragstellung**

ebenfalls nicht durch die Neuordnung des Areals der Festhalle mit Stand jetzt. Denn eine gleichartige Nachnutzung des bestehenden Gebäudes, bzw. der bebauten Fläche spreche auch gegen ein umfassendes Verfahren. Deshalb werde dieses vereinfachte Verfahren mit Stand heute so angenommen. Sie möchte noch einmal den Zeitplan in Erinnerung rufen. Man habe relativ früh im Jahr 2019 gestartet. Man sei durch das Jahr 2020 gut durchgekommen, trotz Pandemiebedingungen. Man habe einen Bürgerworkshop machen können, man habe eine Informationsveranstaltung machen können und es habe Lenkungsgruppengespräche gegeben. Man habe auch den Zwischenstand im Ortschaftsrat vorgestellt und nun sei man da, um das Ergebnis vorzustellen. Das nächste Ziel sei die Antragstellung. Und diese sei für 2023 geplant, in ein Programm der städtebaulichen Erneuerung aufgenommen zu werden.

Frau Hennings (Stpla) sagt aus, so sei es stimmig und damit sei der Vortrag beendet.

Der Vorsitzende (stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) bedankt sich für den Bericht. Er wolle noch einmal fragen, warum man den Antrag des Ortschaftsrates, auf Aufnahme im Jahr 2022, nicht erfüllen konnte oder wollte.

Frau Hennings (Stpla) antwortet, diesen habe man nicht erfüllen können, weil die Haushaltslage es nicht zugelassen habe. Es sei sehr kritisch gewesen. Zudem habe man es noch einmal kritisch geprüft. Sie müsse sagen, es sei nicht unbedingt ein Nachteil, weil man müsse auch die bauliche Realisierung im Blick haben. Und aufgrund der großen Bautätigkeit in der Innenstadt, die sich nicht verschieben lassen, weil diese bereits eingetaktet seien, müsse man sehr akribisch und genau schauen, was man in den anderen Sanierungsgebieten noch baulich abgewickelt bekomme. Denn man habe einen Zeitraum von acht Jahren vorgegeben. Dahingehend würde sie dies als keinen Nachteil sehen, dass man dies erste 2023 mache. Es sei nachvollziehbar, dass man in Durlach noch länger ausharren müsse, aber es sei einfach der Haushaltslage geschuldet und der Problematik, dass die Innenstadtmaßnahmen schon definitiv laufen und nicht zurückstellbar seien. Dadurch würde man auch keine Förderung in Anspruch nehmen können, wenn das Gebiet nicht beantragt würde. Diese dies sei Fakt.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) führt aus, dass als ein Schwerpunkt die Festhalle und der Parkplatz genannt wurde. Tatsächlich sei der Parkplatz schon seit Jahren zu klein. Hier brauche man mehr Parkmöglichkeiten. In der Broschüre und dem Vortrag sei nicht gesagt worden, was für den Parkplatz geschehe. Man fordere hier eigentlich ein Parkhaus, entweder halb über der Erde oder halb unter der Erde aber man brauche hier ein Parkhaus, weil man die Innenstadt autofrei haben wolle. Die Innenstadtbewohner würden ihr Auto abstellen wollen. Er habe gerne Auskunft gehabt, wie dieser Schwerpunkt zukünftig betrachtet werde.

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 2: Vorbereitende Untersuchungen Durlach Stadteingang –
Bericht und Antragstellung**

Frau Hennings (Stpla) antwortet, dass man dieses Areal nachträglich mit aufgenommen habe, einfach weil sich hier Bewegung aufgetan habe. Beim Festhallenparkplatz gebe es schon längere Zeit Wünsche nach einer Verbesserung der Parkplatzsituation. Dies sei bekannt durch die Verkehrsplanung. Es laufe momentan auch das Verkehrskonzept für Durlach, wo dies auch noch einmal bearbeitet werde. Die Option eines Parkhauses werde sicherlich mitgeprüft, ob dies sinnvoll und stimmig in das Verfahren passe. Auch das Thema Quartiersgarage, die auch förderfähig sei und keine schlechte Option sei, weil man kurze Wege zur Innenstadt habe. Man denke hier mit, auch das Büro Schöffler und man müsse schauen, wie die Lage sei und welche Möglichkeiten sich auftun würden.

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) begrüßt das Konzept, weil ganz viel in Anträgen in diesem Gremium schon einzeln verarbeitet worden sei, ohne dass es ein Ergebnis gegeben habe, wenn er auf diese Liste schaue. Zu fast allem habe man schon etwas gemacht und alle anderen Fraktionen auch. Was ihm nicht gefalle sei, dass dies erst 2023 passieren solle. Hier habe er sich gewünscht, nachdem das Gremium den Beschluss gefasst habe für 2022, dass man dem Gremium etwas signalisiere. Es sei im Durlacher Rathaus offensichtlich nichts eingegangen, dass sich dies noch einmal um ein Jahr verschiebe. Wenn es an der Haushaltslage liege, würde man in der Lage gewesen sein, einen entsprechenden Haushaltsantrag zu stellen. Von daher gesehen, habe man hier möglicherweise ein Jahr verloren. Dies könne man aber, hoffe er, durch eine entsprechende Realisierung dieser einzelnen Abschnitte parallel irgendwie wieder einholen. Es sei sinnvoll, und dies würde er gerne wünschen, dass im Hinblick auf die Priorität ein Vorschlag unterbreitet werde, was man parallel machen könne, was man hintereinander machen müsse und dass man im Ortschaftsrat gemeinsam noch einmal darüber spreche, was von diesen Dingen am schnellsten umgesetzt werden müsse, sodass diese Sachen auf diese Art noch beschleunigt werden können.

Frau Hennings (Stpla) antwortet, ob hier eine Information an das Durlacher Rathaus gekommen sei, könne sie nicht beantworten. Man nehme es aber gerne mit. Sie könne auch mitteilen, dass das Verfahren nicht ruhe. Denn es sei Bewegung da. Z.B. würden beim P90 Verhandlungen laufen und die Gedanken dazu seien da. Auch das Thema barrierefreier Überweg von der Untermühlsiedlung über die ehemalige B10 hinweg zum Bahnhof sei präsent. Auch die Planer würden Maßnahmen kombinieren, wenn man die Möglichkeit sehe. Hier warte man nicht ab, dies könne sie versichern. Die Realisierung an sich müsse durch das Tiefbauamt auch baulich abgebildet werden und die Maßnahmen seien dort recht gehäuft, auch für den Doppelhaushalt 24/25. Nichtsdestotrotz solle man schauen, was man schon zeitnah realisieren könne und es gut vorbereiten. So könne man nach dem Einstieg das ein oder andere zügiger realisieren. Man habe es im Hinterkopf und sie habe auch vollstes Verständnis. Es sei ärgerlich, wenn man sich auf 2021 fokussiert habe, dann 2022 und nun werde es 2023. Aber sie nehme es mit.

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 2: Vorbereitende Untersuchungen Durlach Stadteingang –
Bericht und Antragstellung**

OR Dr. Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) bedankt sich für den Bericht. Sie habe zwei Fragen. Zum einen verzögere sich das Ganze jetzt nochmal. Die Beleuchtung in der Hauptbahnstraße und in der Unterführung Auer Straße sei ein Problem und die Frage sei, ob man dies in irgendeiner Form schnell und unkompliziert vorziehen könne. Die zweite Frage sei zum Thema Festhalle. Man habe 4 Mio. Euro Kosten veranschlagt. Sie würde sich dafür interessieren, wofür diese gedacht seien.

Frau Hennings (Stpla) antwortet, dass man bei der Festhalle einen Kostenansatz in der Kosten- und Finanzierungsübersicht einpflegen musste und man das Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft gebeten habe, einen Rahmen zu nennen. Was für eine Modernisierung komme, wisse man noch nicht, sondern erst wenn man wisse, was mit der Festhalle geschehe. Die HGW haben einen groben Kostenansatz gemacht und dies sei auch das, worauf sie vorhin hinaus wollte. Wenn man im Verfahren sei und wisse, man wolle die Sanierung der Festhalle umsetzen und diese auch über das Sanierungsverfahren abwickeln, dann müsse sowieso eine ganz konkrete Kostenerhebung vorgenommen werden, denn es müsse dann ohnehin nochmal im Gemeinderat entschieden werden.

OR Dr. Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) fragt, ob dies energetische Sanierungskosten seien, von denen sie spreche.

Frau Hennings (Stpla) antwortet, dies würde sie nicht sagen, es seien allgemein die Modernisierung von diesem denkmalgeschützten Objekt. Es sei ein Kostenrahmen, der dort eingestellt sei. Sie habe auch schon Stimmen gehört, dass 4 Mio. nicht reichen würden, man brauche 6 Mio. Sie sei keine Fachfrau. Man habe den Kostenansatz so eingepflegt. Auch für die Straßenräume drumherum seien 250 Euro pro Quadratmeter förderfähig und dies sei dann über die Fläche gerechnet der Ansatz. Dass hier noch Bewegung ist, sei klar. Zur Beleuchtung könne sie sagen, dass sie dies gerne mitnehme. Sie könne nichts versprechen. Das Thema Beleuchtung sei eher beim Tiefbauamt als Straßenbaulastträger, zusammen mit den Stadtwerken kombiniert. Ob hier zeitnah etwas vorgesehen sei, würde sie eher verneinen. Natürlich sei es sinnig, dies in einem Großen Umbau zu machen. Sie gebe recht, die Beleuchtung sei in beiden Bereichen sehr Mau.

OR Ruf (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) bedankt sich für die Vorstellung und Präsentation. Er habe eine Frage zum Kapitel 8.2, wo die einzelnen Schwerpunktbereiche der städtebaulichen Sanierung stehen. Hier stelle man den Bereich Pfinztalstraße P90 vor. Hier sei er überrascht gewesen, denn er glaube, man habe vor einem Jahr zusammengesessen und etwas zuvor habe es auch eine Bürgerbeteiligung gegeben, eine Art Stadtteilrundgang. Er erinnere sich, dass man über den Bereich Pfinztalstraße und über größere und mutigere Maßnahmen nachgedacht habe. Man müsse sich in Erinnerung rufen, dass man mit so einem städtebaulichen Sanierungsgebiet ein Viertel auf Jahrzehnte verändern

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 2: Vorbereitende Untersuchungen Durlach Stadteingang –
Bericht und Antragstellung**

könne. Das, was man hier anstoße, schreibe auch einen gewissen Zustand meistens über Jahrzehnte fest. Was ihm hier fehle sei, dass dies alles so Kleinigkeiten seien, die sich toll anhören würden, aber er erinnere sich, dass man auch über eine konkrete Erweiterung der autoarmen Bereiche nach Westen bis zum Kreuzungsbereich, dem Stachus gesprochen habe. Und dann sei dies wirklich als größere Sache vorstellbar, bspw. eine extensivere Begrünung des Straßenraumes oder Platz für andere Mobilitätsformen, wie Fahrradfahrer und Fußgänger. Dieser Stadteingang kranke insbesondere an der Erdgeschosslage. Oben drüber sei es weitestgehend okay. Dies sei auch so erhoben worden. Man wisse aber, wenn man den Straßenraum oder öffentlichen Raum zwischen den Gebäuden aufwerte, dann werte man auch die Erdgeschosslagen in den Gebäuden auf. Und dies sei ein riesen Hebel. Er frage sich, warum dies in den Voruntersuchungen nicht mehr vorkomme, denn dies sei total wünschenswert.

Frau Ganter (Büro Schöffler) antwortet, dass man die Misstände erhoben habe. Man habe gesagt, dass die Pfinztalstraße ein großes Potenzial habe, weil es hier Misstände gebe und auch die Begrünung sei angesprochen worden. Was man dann wirklich daraus mache, auch im Zusammenhang mit dem P90, müsse in ein Gesamtkonzept, welches nicht ausschließe, dass es eine extensive Begrünung gebe. Aber hierzu gebe es die nächsten Schritte, die Planung und Vertiefung, Machbarkeitsstudien, wo auch Vorschläge erarbeitet werden, die in diese Richtung gehen würden.

Frau Hennings (Stpla) möchte noch ergänzen, dass man aufgeschlossen sei und die Bürger mitgenommen habe. Das Potenzial sei schon erkannt. Die Frage sei, was man wolle und ob man es wirklich wolle. Im Rundgang sei auch im Gespräch gewesen, den Autoverkehr ab dem Stachus gar nicht mehr hereinzulassen. Dann sei im Verkehrskonzept natürlich die Frage, wie die Ringstraßen bedient werden oder wie man hier rankomme. Dies müsse zu Ende gedacht werden, ob dies überhaupt vorstellbar sei. Die Straßenbahntrasse werde bleiben, diese könne man auch etwas verschwenken. Diese Gedanken seien da. Auch, ob man hier eine Fußgängerzone mache oder wegen dem Thema Fahrradfahrer, habe man das Sanierungsgebiet extra weitergezogen noch bis zur Seboldstraße hinweg, sodass man diesen Lückenschluss habe. Sie glaube, die ganzen Punkte seien bekannt, aber hier müsse man ihm Verfahren schauen, was machbar sei und zum anderen, was man wolle bzw. von der Mehrheit gewollt ist.

OR Yesil (Freie Wähler-OR-Fraktion) bedankt sich für den Bericht. Sie hat eine Frage zum P90 in der Pfinztalstraße. Die Begrünung finde sie auch sehr gut, wie man dies im Neuordnungskonzept sehe. Sie wolle noch etwas anregen. Sie frage, ob es möglich sei, Fassaden und Dachbegrünung beim P 90 miteinzuplanen. Auch die Ergänzung des Baumbestandes in der Pfinztalstraße. Hier finde sie es schön, wenn diese mit Bäumen ergänzt werden.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 2: Vorbereitende Untersuchungen Durlach Stadteingang –
Bericht und Antragstellung

Blatt 8

Frau Hennings (Stpla) antwortet, dass sie die Punkte für die Bebauung des Areals P90 nochmals mitnehme und weitergebe. Möglich sei es bestimmt, ob es eingeplant sei oder als Vorgabe gemacht werde, wisse sie nicht. Sie würde es weitergeben, ansonsten müsse sie es auch einmal von Seiten der Partei als Anregung kommunizieren. Zum Teil sei die Dachbegrünung schon mit drin und man schaue nach dem Klimaschutz.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) bedankt sich für die Vorlage. Es habe die Fraktion gefreut zu sehen, dass auch in der offiziellen Ausarbeitung das Thema Festhalle und Festhallenparkplatz drin sei. Er wolle deshalb noch einmal zurückgreifen auf das, was sein Fraktionskollege gesagt habe. Für seine Fraktion sei der Mobilitätshub ein essenzieller Bestandteil des Verkehrskonzeptes, welches man für Durlach habe. Dies sei auch eine Komponente gewesen, warum man zugestimmt habe, dass man jetzt schneller vorgehe mit den verkehrsberuhigten und den autofreien Bereichen. Man wolle irgendwo eine Möglichkeit haben, und dies biete sich dort an, wo man Parkplätze schaffen könne für Pendler und Menschen, die in der Durlacher Altstadt einkaufen wollen. Man wolle Möglichkeit für Elektromobilität und Ladesäulen. Was man auch machen könne, sei das Thema Basketballkorb. Diesen könne man hervorragend auf den Mobilitätshub obendrauf machen. Dies wolle er noch einmal zu Protokoll geben, dass man dies festgehalten habe.

OR Dr. Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) hat noch eine Frage zum Herrn Dr. Noé. Sie fragt, ob ein Mobilitätshub für ihn ein neues Wort für Parkplatz sei.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) sagt aus, dass ein Mobilitätshub für ihn die Möglichkeit sei, einerseits klassische Parkplätze zu schaffen für Gäste, die in Durlach einkaufen wollen. Es sei aber genauso die Möglichkeit, dort Carsharingplätze einzurichten, auch Sharingplätze für Fahrräder, für Elektrokleinfahrzeuge, Lademöglichkeiten usw. Er glaube hier spreche man mit einer Stimme und man habe die gleiche Mission.

Der Vorsitzende (stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) entnimmt der Diskussion, bis auf die Anmerkungen aus der SPD, dass sich momentan niemand sehr stark daran reibe, dass man von dem Beschluss aus dem Mai 2021 abweiche, in dem man die Beantragung 2022 beschlossen habe. Er fragt, ob er dies richtig verstanden habe. Wenn er nun doch merke, dass das Thema „2022“ noch nicht ganz abgeschlossen sei, so möchte er Herrn Röblier bitten, vielleicht noch etwas zum Haushalt 2022 zu sagen, weil schon gesagt worden sei, dass dies ja nicht im Haushalt sei und hineinkommen könne. Hier möchte er ihn bitten, etwas dazu zu sagen.

Herr Röblier (StaDu) sagt aus, der Haushalt werde erst noch im Herbst eingebracht werden. Er werde sicherlich noch keine Ausgaben vorsehen, die eine Förderung von

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 2: Vorbereitende Untersuchungen Durlach Stadteingang –
Bericht und Antragstellung**

Maßnahmen vorsehe, wenn der Projektantrag für das Jahr 2022 gestellt werde. Gleichwohl sei immer möglich, dass durch Änderungsanträge der Entwurf des Haushalts noch verändert werde. Es gehe einfach darum, wann der Projektantrag gestellt werde. Wenn von der aktuellen Beschlussvorlage abgewichen werde, also was im Mai gefordert wurde und der Gemeinderat zustimme, so würden Gelder natürlich auch entsprechend in den Haushalt 2022/2023 aufgenommen werden müssen.

Der Vorsitzende (stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) sagt aus, dies sei der Informationsstand zur Abrundung des Themas, bevor man nun in die Diskussion zum Beschluss gehe.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) wolle noch einmal festhalten, dass der Ortschaftsrat seine Hausaufgaben gemacht habe und deswegen habe man dies auch in einer der letzten Sitzungen vorbereitet, dass es nicht am Ortschaftsrat liege, wenn die Abfolge nicht mehr rechtzeitig auf die Tagesordnung komme. Man würde es schon gerne möglichst rasch sehen.

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) sagt aus, dass die Verwaltung aus Durlach dies etwas besser vorbereiten hätte können. Er habe einen Vorschlag. Es gebe mehrere Möglichkeiten. Man könne nun sagen, dass man mit diesem Beschluss einverstanden sei, aber nachdrücklich fordere, dies um ein Jahr vorzuziehen. Dann könne man es heute so beschließen und man gebe der Ortsvorsteherin und dem Haushaltsexperten im Rathaus den Auftrag, dafür zu sorgen, dass es dann doch noch in die Haushaltsberatungen 2022 eingestellt werden könne. Darüber solle die Verwaltung in der nächsten Sitzung informieren. Dies sei ein Vorschlag von ihm, es müsse nicht der beste sein, aber es sei zumindest eine.

Der Vorsitzende (stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) fragt nach weiteren Wortmeldungen oder Ideen hierzu.

OR Griener (CDU-OR-Fraktion) sagt aus, dass man dies jetzt nicht an diesem einen Jahr festmachen solle. Wichtig sei, dass man nun etwas in der Hand habe, vor allem sei wichtig, dass es ein gutes Konzept sei. Er wolle auch in den Raum stellen, dass man darüber in diesem Gremium mit Sicherheit noch mehrmals reden werde. Dies sei kein abschließender Bericht, dies sei lediglich eine Grundsatzentscheidung für dieses Konzept. Das Ganze jetzt daran aufzuhängen, ob es ein Jahr länger oder weniger dauere, sei nicht wichtig. Es sei natürlich wünschenswert, wenn es schnell umgesetzt werden könne, aber wenn es nicht gehe, gehe es nicht. Die Fraktion bringe es nicht um.

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) fragt nach weiteren Meinungen. Er unterbricht die Sitzung für eine kurze Beratung.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 2: Vorbereitende Untersuchungen Durlach Stadteingang –
Bericht und Antragstellung

Blatt 10

Der Vorsitzende (stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) führt die Sitzung nach kurzer Beratung fort. In Anbetracht dessen, dass man über den Doppelhaushalt 22/23 spreche, schlägt er vor, dass man bei dem ursprünglichen, jetzt vorliegenden Text der Beschlussvorlage bleibe. „Beantragung auf Programmaufnahme im Jahr 2023.“ Er ruft zur Abstimmung auf.

Ja-Stimmen: 19
Enthaltungen: 0
Nein-Stimmen: 0

Der Vorsitzende (stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) begrüßt Frau Ortsvorsteherin Ries zur Sitzung und übergibt ihr die Sitzungsleitung.

Er bedankt sich für die Berichterstattung und auch für die ausführliche Vorlage.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 3: Steuerungskonzept Vergnügungsstätten

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) begrüßt die Anwesenden und ruft **TOP 3, Steuerungskonzept Vergnügungsstätten**, auf. Hierzu begrüßt sie Herrn Rahn vom Stadtplanungsamt.

Herr Rahn (Stpla) begrüßt die Anwesenden und möchte heute das Vergnügungsstättenkonzept, ausführlicher Steuerungskonzept Vergnügungsstätten, vorstellen. Hierzu müsse er zunächst die Begriffe erklären. Es sei ein Konzept, welches keine unmittelbare rechtsverbindliche Wirkung habe. Wenn allerdings Bebauungspläne aufgestellt oder geändert werden, müsse das Konzept beachtet werden. Das Konzept gebe Hinweise und Empfehlungen für die Festsetzung in Bebauungsplänen und liefere Begründungen dazu. „Vergnügungsstätten“ sei ein Begriff aus der Baunutzungsverordnung und dies seien gewerbliche Nutzungsarten, die sich unter Ansprache oder Ausnutzung des Sexualspiels oder Gesellschaftstriebes einer gewinnbringenden Freizeitunterhaltung widmen. Wichtig sei, bei typisierender Betrachtung, dass man in der Regel städtebaulich negative Folgewirkungen habe. Ein grundsätzlicher Ausschluss von Vergnügungsstätten allgemein im gesamten Stadtgebiet wolle man nicht haben, dies sei rechtlich nicht möglich. Es müsse in der Stadt Bereiche geben, in denen sich Vergnügungsstätten ansiedeln können. Er zeigt die verschiedenen Arten von Vergnügungsstätten, was es alles gebe. Zum Teil sei es auch etwas übergreifend und generalisiert. Spielhallen, Wettbüros, Diskotheken oder Clubs, Freizeiter, Betriebe mit Darstellungen von sexuellem Charakter, zum Beispiel Stripclubs oder Pornokinos. Auch Swingerclubs oder Multiplexkinos würden dazuzählen, was erst einmal nicht so negativ gesehen werde. Aber dadurch können in erster Linie sehr hohe Lärmkonflikte entstehen. Im Konzept seien zusätzlich Bordelle betrachtet worden, die eigentlich keine Vergnügungsstätten seien. Dies lese man häufig falsch in Zeitungsartikeln. Bordelle seien eigentlich keine Vergnügungsstätten, aber im Konzept würden sie trotzdem mit betrachtet werden. Nach BauNVO seien Vergnügungsstätten in erster Linie in Kerngebieten zulässig und dann noch ausnahmsweise in einigen weiteren. In Kerngebieten würden Vergnügungsstätten in erster Linie hinsollen. Bordelle können zusätzlich noch in Industriegebiete. Dafür seien sie eigentlich überall ausgeschlossen, wo in erster Linie gewohnt werde oder immerhin ein relativ hoher Wohnanteil ist, also auch in Mischgebieten. Er zeigt auf der Präsentation, was dies für die Stadt Durlach bedeute. Alles, was farbig hervorgehoben ist bedeute, an dieser Stelle würden sich Vergnügungsstätten ansiedeln können. Entweder generell oder ausnahmsweise. Es sei noch nicht betrachtet, ob ein bestimmter Bebauungsplan eine bestimmte Vergnügungsstätte ausschließe. Generell sei dies möglich. Die BauNVO lasse aber Abweichungen zu, von dem, was normalerweise zulässig ist oder ausnahmsweise sein sollte. Es sei möglich, dass auch in einem Kerngebiet Vergnügungsstätten nur ausnahmsweise zugelassen werden. Dies könne man festsetzen. Oder dass spezifische Unterarten von Vergnügungsstätten, zum Beispiel nur Spielhallen in einem Gebiet ausgeschlossen sein sollen. Und auch, dass bestimmte Teile von baulichen Anlagen, zum Beispiel das Erdgeschoss, dass im Erdgeschoss Vergnügungsstätten ausgeschlossen werden sollen, aber überall sonst Vergnügungsstätten zulässig seien. Dies sei

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,**17:00 Uhr****Protokoll zu****TOP 3: Steuerungskonzept Vergnügungsstätten****Blatt 2**

möglich. Aber es müsse begründet werden, mit einer Begründung, die sich auf städtebauliche Belange beschränke. Moralische Aspekte könne man nicht anführen. Man könne also keine Bordelle bzw. eine Spielhalle ausschließen, weil man die Menschen vor den schlechten Einflüssen, z.B. Spielsucht schützen wolle. Dies sei nicht möglich. Es müsse sich rein auf städtebauliche Belange beschränken. Es wurde das Stadtgebiet analysiert und bestimmte Bereiche vertiefend untersucht. Aussagen treffe das Konzept für alle Gebiete, auch für die, die nicht vertieft untersucht worden seien. Und zwar für Misch- und besondere Wohngebiete, hier sollen alle Vergnügungsstätten mit Ausnahme von Freizeitcenter ausgeschlossen werden. Bei Gewerbegebieten, die nicht vertieft untersucht worden sind, solle individuell entschieden werden, aber Spielhallen und Wettbüros wolle man ausschließen. Er erkläre nun, warum Freizeitcenter zugelassen werden. Dies sei so, weil sie relativ wenige negative Auswirkungen haben und auch zur Belebung eines Stadtviertels beitragen können. Freizeitcenter seien Betriebe, wo man hingehet, um Spaß zu haben, aber gleichzeitig keine Bar sei. Aber es könne bspw. ein Gaming-Café für Jugendliche sein oder was auch nicht geklärt sei, wie es mit Escape-Rooms sei. Es könne früher oder später sein, dass diese zu einer Vergnügungsstätte durch eine Gerichtsentscheidung werden und dann würden diese automatisch mit ausgeschlossen werden, was man eigentlich nicht wolle. Deshalb seien Freizeitcenter ausnahmsweise in diesen Gebieten zulässig. Spielhallen und Wettbüros werden in Gewerbebetrieben ausgeschlossen, weil sie in der Regel sehr viel lukrativer seien, als ein klassischer Handwerksbetrieb. Sie würden so viel mehr einnehmen, dass sie jede Miete zahlen können oder jeden Bodenpreis und damit einen Verdrängungseffekt auslösen können. In Durlach gebe es nur zwei Gebiete, die vertieft untersucht worden sind, auf die er eingehen wolle. Das Zentrum Durlach. Der Bebauungsplan stamme aus dem Jahr 2016, hier sei auch auf ziemlich viel geachtet worden. Er gebe vor, dass zwischen Vergnügungsstätten 250 Meter Mindestabstand gehalten werden müsse und Bordelle nur im Gewerbebetrieb zulässig seien. Hier habe das Konzept jetzt auch nichts anderes vorgesehen, was unsinnig gewesen wäre, ein paar Jahre nach dem Bebauungsplan wieder etwas Neues vorzuschlagen. Die Ottostraße und Killisfeldstraße sei der zweite Bereich. Dieser sei noch etwas unterteilt, in Gewerbe- und Mischgebiet. In den Bebauungsplänen gebe es momentan keine Aussagen bezüglich Vergnügungsstätten und Bordellen und im Mischgebiet nördlich der Killisfeldstraße seien Vergnügungsstätten ausgeschlossen. Südlich gebe es keine Aussage, also ausnahmsweise zulässig. Das Konzept empfehle im Gewerbegebiet, Spielhallen und Wettbüros auszuschließen und andere Vergnügungsstätten ausnahmsweise zulässig zu lassen. Und im Mischgebiet habe man den Ausschluss aller Arten von Vergnügungsstätten, außer Freizeitcenter und Swingerclubs.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich für den prägnanten und komprimierten Vortrag.

OR Müller (CDU-OR-Fraktion) sagt aus, dass er bei der Durchsicht der Unterlagen bei dem untersuchten Gebiet Durlach, auf eine kleine Punktierung auf der Pfinztalstraße

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 3: Steuerungskonzept Vergnügungsstätten

Blatt 3

gestoßen sei. Er glaube, diese habe jeder entdeckt. Nämlich den kleinen grauen Punkt, der auf einen Bordellbetrieb schließen lasse. Die Frage sei, wie es dazu komme, dass in so einem Mischgebiet, wo es eigentlich unzulässig sei, dann doch eine Institution vorzufinden sei. Er ergänzt die Frage dahingehend, dass wenn man in einem solchen Untersuchungsgebiet über einen Bebauungsplan eine Nutzungsänderung eines Quartierbereiches vorsehe, er rede über das BMD-Gelände, welches ein Mischgebiet werden könne. Er fragt, wie mit solchen Vereinbarungen dann umzugehen sei.

Herr Rahn (Stpla) antwortet, dass er zur ersten Frage leider nicht allzu viel beantworten könne. Er wisse nicht, seit wann dies dort sei. Möglicherweise sei es schon so lange dort drin, wo noch nicht klar gewesen ist, dass Bordelle nicht in Mischgebieten sein dürfen. Je nachdem, wann ein Bebauungsplan aufgestellt wurde und was hier festgesetzt und welche BauNVO herangezogen wurde. Dies könne er leider nicht beantworten. Dies seien Daten, die er vom Ordnungsamt bekommen habe. Dies habe ihn ehrlich gesagt auch sehr gewundert und man erkenne es von außen nur daran, dass Vorhänge da seien, die oft zugezogen seien. Ihm sei würde dies nicht auffallen. Es sei direkt gegenüber vom Rathaus. Zur Frage, wie man damit umgehe, wenn sich das Gewerbegebiet in eine andere Kategorie ändere, könne er sagen, dass man die Regelung, die auch sonst für Mischgebiete oder Kerngebiete gelte, auf das Gebiet anwende. Es sei aber eine gute Frage. Er könne hier keine hundertprozentige Antwort geben. Wenn der Bebauungsplan aufgestellt werde, müssen auch die Vergnügungsstätten berücksichtigt werden.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) führt aus, dass sein Interesse den farbigen Punkten in der Innenstadt diene. Er habe festgestellt, dass der pinkfarbene Button mittendrin keine sexuelle Darstellung, sondern die Straßenbahnhaltestelle sei. Zum Thema Bordell müsse er sagen, dies sei für ihn überraschend gewesen. Er müsse aber als Liberaler sagen, wenn es keinem aufgefallen ist, und es keine negativen Auswirkungen auf das Innenstadttgeschehen habe, dann finde er dies in Ordnung.

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) müsse aus voller Überzeugung gegen dieses Konzept stimmen, weil er glaube, wenn man sich an diesem Konzept orientiere, würden neue Bebauungspläne eher rechtswidrig als rechtmäßig werden. Und dies müsse er nun ausführlich begründen, weil er vielleicht auch noch Hoffnung habe, dass der Gemeinderat darüber noch einmal nachdenke. Er wisse nicht, wer dieses Konzept in Auftrag gegeben habe. Der Gemeinderat könne es nicht gewesen sein, der Ortschaftsrat sei es auch nicht gewesen. Man könne froh sein, dass Durlach diese Problematik räumlich allenfalls am Rande tangiere. Er müsse dagegen stimmen, weil es keinen gesetzlichen Begriff der Vergnügungsstätten gebe. Man sei an die Baunutzungsverordnung gebunden, wenn man Bebauungspläne mache und in der Baunutzungsverordnung sei der Begriff der Vergnügungsstätten nicht definiert. Dies führe zu großen Problemen, wenn man etwas

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,**17:00 Uhr****Protokoll zu****TOP 3: Steuerungskonzept Vergnügungsstätten****Blatt 4**

ausschließen wolle, was man gar nicht definieren könne. Weil alle emotional denken würden, glaube man, dass bestimmte Nutzungen, die von manchen als Vergnügungen empfunden werden, einem nicht gefallen. Ein Bordell sei höchststrichterlich entschieden und sei ein „sonstiger Gewerbebetrieb“. Aber mit dem Ausschluss von Vergnügungsstätten, werde man kaum eine Spielhalle und kaum eine Wettannahmestelle ausschließen können und wahrscheinlich auch keinen Swingerclub und damit breche diese Idee von Anfang an zusammen. Eine Vergnügungsstätte liege eigentlich dann vor, wenn eine hohe Verweildauer angenommen werde und dann müsse man bodenrechtlich weiter argumentieren, wenn man einen Bebauungsplan mache. Es gehe bei einer Vergnügungsstätte nie darum, was darin los sei, sondern es gehe darum, welche bodenrechtlichen Spannungen entstehen. D. h. Zu- und Abfahrtsverkehr, Öffnungszeiten, Lärmemissionen und Lichtemissionen. Es gehe also um ganz andere Dinge, als diejenigen, was man sich manchmal anmaße, ob es einem gefalle oder nicht. Und wenn man nun her gehe und sage, man mache jetzt so ein Konzept, dass man die Vergnügungsstätten an irgendeiner Stelle haben wolle, man wisse zwar nicht was es ist aber man wolle es woanders haben, dann determiniere man dies für alle Bebauungspläne, die kommen sollen. Dies sei der Gedanke, der dahinterstehe. Jetzt sei der Bebauungsplan nur rechtswirksam, wenn alle öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander abgewogen werden. Wenn man nun sage, bei jedem Bebauungsplan orientiere man sich an dem Steuerungskonzept, dann finde bezüglich des Bebauungsplanes keine rechtmäßige Abwägung mehr statt. Dies sei seine felsenfeste Überzeugung. Deshalb sei es gefährlich, so ein Konzept überhaupt zu beschließen. Man könne also nur von Bebauungsplan zu Bebauungsplan, wo man sehr viel Möglichkeiten habe, etwas ausschließen und sagen, welche Nutzungen man hier haben wolle. Wenn man es steuern wolle, dann müsse man an den sogenannten gefährdeten Gebieten entsprechende Bebauungspläne machen. Dies habe man in Durlach im Jahre 2016 gemacht, gegen den er auch gestimmt habe, weil er gewusst habe, dass im Territorium dieses Bebauungsplans keine einzige Vergnügungsstätte liege. Ein Multiplexkino mit großem Zu- und Abfahrtsverkehr oder eine große Veranstaltungshalle oder ein riesen Fitnessstudio, obwohl dies eine Anlage für sportliche Zwecke sein könne, mag eine Vergnügungsstätte sein, aber es sei schwierig, mit diesem Begriff zu arbeiten. Deshalb stimme er dagegen. Das Risiko, dass Bebauungspläne rechtswidrig werden, und das Risiko, dass Sachen ausgeschlossen werden, die dann doch erlaubt sind und es ins Leere gehe, sei einfach zu groß. Man müsse sich auf die jeweiligen einzelnen Bebauungspläne konzentrieren. Er habe aber damals, 2016, auch gegen den kompletten Ortschaftsrat gestimmt, dies mache er heute auch gerne noch einmal.

Herr Rahn (Stpla) führt aus, dass es stimme, dass in der BauNVO der Begriff von Vergnügungsstätten tatsächlich nicht definiert sei, aber es gebe selbstverständlich Rechtsprechung seit 15-20 Jahren, seit es den Begriff gebe, wo dann schon gesagt werde, was in Baden-Württemberg als Vergnügungsstätte angesehen werde oder nicht. Zum Beispiel ganz klar Spielhallen, Wettbüros, sexuelle Dienstleistungen, Diskotheken, Freizeitcenter

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 3: Steuerungskonzept Vergnügungsstätten**

seien schwierig, Multiplexkinos seien wieder klar. Alles außer der Freizeitcenter sei klar definiert. Dies sei auch durch Rechtsprechungen hinterlegt. Das Konzept gehe so weit, dass es eben nicht die gesamten Vergnügungsstätten ausschließe, sondern es werde spezifisch geschaut, welche Art von Vergnügungsstätten und in welcher Art und Weise sie ausgeschlossen werden sollen. Deshalb sieht er die Problematik von Herrn Dr. Rausch nicht so ganz. Auch der ZJD habe dies durchgeschaut und abgesehen. Vergnügungsstättenkonzepte gebe es auch in anderen Städten, seit 10-15 Jahren und er habe noch nicht gehört, dass es zu großen Problemen im Nachhinein komme.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) möchte Herrn Dr. Rausch in einer Hinsicht unterstützen. Die Abwägung im Einzelfall beim Beschluss eines jeden Bebauungsplans bleibe erhalten, aber dies hindere einen möglicherweise nicht an dem Konzept. Aber die Acht zu geben, dass jeder einzelne Bebauungsplan wieder rechtmäßig sei, bleibe. Und hier habe er recht, hier könne nämlich auch keine Rechtsprechung über Vergnügungsstätten helfen. Rechtsprechungen seien wandelbar, änderbar und dies sei im Zweifel beim Bebauungsplan nicht so. Hier sei es eine Entscheidung des politischen Gremiums im Einzelfall. Und dies müsse man bei zukünftigen Bebauungsplänen dann in Zukunft weiter tun.

OR Frey (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) bedankt sich für das Konzept. Sie wundere beim Durchblättern eher, weil es in Baden-Württemberg die 500 Meter Regel gebe, dass diese überhaupt nicht aufgenommen wurde. Denn selbst wenn man in einem Mischgebiet eine Spielhalle oder Wettbüro nebeneinandersetzen dürfe, die 500 Meter Regel des Landesrechts bleibe ja trotzdem bestehen. Sie fragt sich, ob diese nicht auch in das Konzept zumindest aufgenommen und angesprochen werden solle.

Herr Rahn (Stpla) antwortet, sie seien im Konzept angesprochen und aufgenommen und die 500 Meter Regelung aus dem Landesgesetz beziehe sich nur auf Spielhallen, nicht auf alle Vergnügungsstätten allgemein.

OR Bruker (AfD) hat eine Frage zum Bebauungsplan, der 2016 beschlossen wurde. Hier stehe laut Unterlage, dass 250 Meter Mindestabstand zwischen den Vergnügungsstätten untereinander einzuhalten sei. Wenn er vom Stachus, oder von der Kreuzung die Pfingsttalstraße die ersten 100 Meter laufe, habe er rechts drei Wettbüros auf den ersten 100 Metern. Auf der Skizze seien es drei grüne Punkte und direkt gegenüber komme links nach 100 Metern die Spielhalle, der ehemalige grüne Hof. Er fragt sich nun, was ein Bebauungsplan wert sei, in dem so etwas stehe und wie dieser mit der aktuellen Realität kompatibel sei. Dies frage er sich.

Herr Rahn (Stpla) antwortet, dass die bestehenden Anlagen Bestandsschutz haben würden und daran liege es. Diese seien schon dagewesen, bevor der Bebauungsplan aufgestellt wurde.

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 3: Steuerungskonzept Vergnügungsstätten**

OR Bruker (AfD) sagt aus, dass eines der Wettbüros erst seit diesem Jahr geöffnet habe, es sei das Dritte. Dies wisse er.

Herr Rahn (Stpla) antwortet, dass er dann überrascht sei, wie dies dorthin gekommen sei.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt aus, dies könne er noch einmal mitnehmen.

OR Bruker (AfD) fragt, ob die Nähe zu einer Schule oder zu einer Kita bei solchen Entscheidungen oder bei solchen Plänen überhaupt eine Rolle spiele.

Herr Rahn (Stpla) antwortet, dies sei im Landesgesetz zu finden. Spielhallen würden einen Mindestabstand zu Schulen und Jugendeinrichtungen einhalten müssen. Es sei noch komplizierter, aber dies sei die kurze Antwort. Es gehe hier aber nur um Spielhallen an dieser Stelle.

OR Wenzel (Freie Wähler-OR-Fraktion) möchte noch einmal darauf aufmerksam machen, dass man hier kein fachliches Urteil, sondern ein politisches Urteil fälle. Natürlich habe Herr Dr. Rausch fachlich wohl recht, aber es gehe hier um ein politisches Votum und er sei der Meinung, dass man das Recht habe, diesem Konzept zuzustimmen. Wenn es nach ihm gehe, würde er die Abstände zwischen Vergnügungsstätten, nicht nur der Spielhallen, wesentlich erhöhen und den Abstand zu Schulen auch. Hier sei ihm der Abstand in jedem Fall zu gering und hier müsse er auch Herrn Bruker recht geben.

OR Müller (CDU-OR-Fraktion) führt aus, dass die CDU-Fraktion diesem Steuerungskonzept im Gegensatz zur SPD zustimmen werde, weil man es gar nicht so dramatisch sehen wolle. Man wolle diesbezüglich der Dramaturgie gar nicht erst Vorschub leisten, weil eben dieses Steuerungskonzept keine unmittelbare Rechtswirkung habe. Es habe einen Empfehlungscharakter auf die selbstverständlich im Einzelfall zu würdigen und zu prüfenden Bebauungspläne. Allein schon deshalb nehme man dieses Steuerungskonzept sehr gerne in die Hand. Man werde diesem auch sehr gerne zustimmen, weil es einen empfehlenden Charakter auf zukünftige Bebauungspläne habe. Er wolle weniger Dramaturgie, sondern eher ein „für Durlach“.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) stellt keine neuen Wortmeldungen fest und ruft deshalb zur Abstimmung auf.

Sie liest den Beschlusstext vor: „Der Ortschaftsratsrat empfiehlt dem Gemeinderat nach Vorberatung im Planungsausschuss dem Konzept zuzustimmen und es als Grundlage für zukünftige Bebauungspläne und vorhabenbezogene Bebauungspläne zu verwenden.“

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,
17:00 Uhr

Protokoll zu
TOP 3: Steuerungskonzept Vergnügungsstätten

Blatt 7

Ja-Stimmen: 15
Enthaltungen: 3
Nein-Stimmen: 1

Mehrheitlich zugestimmt.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich bei Herrn Rahn und unterbricht die Sitzung um 18:53 Uhr für eine Pause.

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 4: Gastronomieangebot im Schlossgarten Durlach**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) setzt die Sitzung um 19:00 Uhr fort. Sie ruft **TOP 4, Gastronomieangebot im Schlossgarten Durlach**, auf.

OR Ruf (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) möchte zu diesem Thema kurz ausholen. Denn es sei wahrscheinlich das erste und letzte Mal, dass man zu diesem Thema öffentlich im Ortschaftsrat sprechen könne. Per Umlaufbeschluss habe man im Februar 2021 einstimmig als Gremium und einstimmig als Fraktion der Einrichtung eines Gastronomieangebotes im Durlacher Schlossgarten zugestimmt. Die Prämisse damals sei gewesen, dass es eine einmalige, ausschreibungsfreie Vergabe sei, um für einen Gastronomen Umsatzeinbußen, die er aufgrund von Coronabeschränkungen erlitten habe, auszugleichen. Man habe damals als Fraktion gesagt, besondere Zeiten würden besondere Kompromisse erfordern. Mehrere Mitglieder würden schon damals inhaltliche Bedenken gegen ein Gastronomieangebot im Schlosspark gehabt haben. Es habe in der Fraktion auch Fürsprecher gegeben, man sei hier geteilter Meinung gewesen. Man habe damals diese Bedenken auch nicht öffentlich mitgeteilt. Deshalb habe man damals zugestimmt und den Weg freigemacht für dieses Gastronomieangebot. Dieses Jahr bis Ende September. Nach diesem kurzfristigen Umlaufbeschluss im Februar 2021 und dem Austausch mit der Ortsvorsteherin sei man als Fraktion davon ausgegangen, dass die weitere Nutzung des Schlossgartens öffentlich diskutiert werde. Man sei davon ausgegangen, dass dies nach Ende dieser ersten Bewirtschaftungsperiode, also frühestens nach Ende September 2021 erfolge. Und dass man dann öffentlich und transparent, nicht nur über das Gastronomieangebot im Schlossgarten, sondern auch über Veranstaltungen im Allgemeinen im Schlossgarten öffentlich diskutiere. Denn all diese Angebote und Veranstaltungen würden einen großen Einfluss auf die Park- und Spielplatzbesucherinnen und -besucher haben und der Fraktion sei es ein Anliegen, dies auch öffentlich zu diskutieren. Die Fraktion bemängelt nun, dass es nicht so gelaufen sei und man bedauere es sehr. Eine öffentliche Diskussion, was im Schlossgarten stattfinden solle und was nicht, habe bislang leider nicht stattgefunden. Und nun stehe man vor der Beschlussvorlage, wo man entscheiden solle, was in den nächsten fünf Jahren im Schlossgarten stattfinden solle. Er persönlich könne die fünf Jahre vollkommen nachvollziehen. Denn aus Sicht eines möglichen Betreibers, sei dies sicherlich ein angemessener Zeitraum für notwendige Investitionen. Als Gremium müsse man sich aber im Klaren sein, dass man erst 2026 erneut darüber befinden könne, was im Schlossgarten passieren solle, und was nicht. Man bemängelt einstimmig den Prozess. In der Sache sei man in der Fraktion unterschiedlicher Meinung. Es gebe Stimmen, die das Gastronomieangebot eindeutig als Bereicherung für den Park und seine Besucher und Besucherinnen empfinden. Weiterhin habe es sehr viel Wertschätzung für die aktuelle Servicequalität gegeben. Allerdings gebe es auch Bedenken. Diese Bedenken habe man im Februar bereits mitgeteilt. Der Park biete Menschen grundsätzlich eher ruhige und grüne Rückzugsräume in der Stadt und diese seien dieses Jahr verkleinert worden. Kindern biete der Park unterschiedliche Flächen zum Toben, zum Radfahren und zum Spielen. Auch diese Flächen seien 500 m² kleiner und außerhalb von Grünflächen habe man Kindern

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 4: Gastronomieangebot im Schlossgarten Durlach

Blatt 2

diesem Raum, in den Siedlungsgebieten bereits flächendeckend genommen. Eine weitere Verkleinerung der Flächen bedauere er persönlich sehr. Alternativplätze für Gastronomie und Veranstaltung, auch im Rahmen des Durlacher Kultursommers, den er großartig finde, habe man im Außenbereich. Zum Beispiel den Festhallenparkplatz, den Blumentorparkplatz, teilweise sogar mit größerer Entfernung zur Wohnbebauung. Mit einem schönen Baumbestand und möglicherweise weniger Konflikte mit Anwohner. Hier würden jedoch andere Opportunitätskosten entstehen. Und darüber zurück zu befinden sei grundsätzlich eine politische Entscheidung und diese erfordere Mut.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt aus, dass sie vieles von dem, was er gesagt habe, annehme. Dass er gerne vor Vergabe öffentlich diskutieren wolle, diesen Vorwurf verstehe sie nicht, denn genau das könne er heute tun und genau das sei heute der Fall. Mit dem ersten Beschlussantrag. Dieser sei zunächst ergebnisoffen. Zu den anderen Punkten gebe sie recht, da könne man der einen wie der anderen Meinung sein und auch das Stadtamt habe sich bereits Gedanken gemacht und man werde in Zukunft sicherlich die Veranstaltungsformate, an welcher Stelle auch immer, hier auch in diesem Gremium diskutieren. Diese würden zunächst aber nicht anstehen. Man wisse nicht, was es im nächsten Jahr an Theater und Kultursommer gebe. Hier gebe es keine konkreten Pläne, deshalb könne man dies auch nicht öffentlich diskutieren. Man könne einen Antrag, eines Gastronoms, den er gestellt habe, öffentlich diskutieren und daraus habe man dann in Absprache eine Ausschreibung gemacht. Diese könne man diskutieren. Alles andere wisse man nicht. Wenn er nach ihrer persönlichen Meinung frage, sei es ein schöner Sommer für die Kultur gewesen und hier sei vieles richtig gemacht worden. Aber man könne durchaus Zweifel haben, ob die Masse der Veranstaltungen im nächsten Jahr richtig sei und darüber mache man sich im Stadtamt Gedanken. Deswegen nehme sie die Kritik gerne an, aber er solle auch mitnehmen, dass sich das Stadtamt natürlich auch seine Gedanken mache und dass das Ziel sei, die Kultur im Freien, unter hoffentlich anderen Bedingungen, im nächsten Jahr anders zu gestalten. Sie habe auch mit einigen Anwohnern gesprochen, die dies sehr toll finden aber auch einfach sagen, es sei in diesem Jahr zu viel gewesen. Nicht nur Gastronomie, aber die Summe dessen, was passiert ist, sei zu viel. Und man habe dies akzeptiert, auch wegen der Coronabedingungen. Man solle hier, wenn es anstehe, offen und ehrlich noch einmal im Gremium diskutieren.

OR Yesil (Freie Wähler-OR-Fraktion) hat eine kleine Anregung bzw. Vorschlag, ob die Gastronomie nicht auf die Mauerseite gehen könne. Ansonsten sei sie dafür.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass man dies entsprechend aufnehmen werde, dies sei auch schon im Ältestenrat geäußert worden und man werde dies prüfen.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 4: Gastronomieangebot im Schlossgarten Durlach

Blatt 3

OR Müller (CDU-OR-Fraktion) führt aus, dass man sicherlich aus den unterschiedlichsten Gründen heraus für das eine genauso sein könne wie man auch dagegen sein könne. In der Gesamtheit der Betrachtung allerdings müsse man vielleicht sagen, dass man mit Durlach als B-Zentrum natürlich schon bemüht sein müsse, etwas an Attraktivität und Aufenthaltsqualität zu schaffen, was alleine über die Pfinztalstraße als Fußgängerzone hinausgehe. Denn wer hier nach Durlach komme, in ein zu stärkendes B-Zentrum, der wolle sich hier auch aufhalten und nicht nur zum Einkaufen kommen. Es gehöre auch dazu, eine hohe Wohlbefindlichkeit herzustellen und hier gehöre ein ausgewogenes und ein attraktives, großzügiges Gastronomieangebot hinzu. Der Schlossgarten als solches mit seiner Erholungsqualität, mit seiner Ruhe und auch Spielqualität könne aber alles miteinander vereinen. Das eine schließe das andere nicht aus und mit der Platzierung des gastronomischen Angebotes sei die CDU-Fraktion durchaus der Meinung, dass das Gesamtangebot und die Gesamtmöglichkeiten eines Schlossgartens sich ergänzen können. So wie die Konzepte auch vorgeschlagen seien und so wie sie durchgeführt werden sollen und so wie man sie im diesjährigen Probetrieb erlebt habe, so sei man der Meinung, dass es sich durchaus schlüssig ergänze, für alle Beteiligten. Alle Möglichkeiten bleiben im Schlossgarten nicht nur erhalten, sondern es werde eine Steigerung der Attraktivität stattfinden. Damit einhergehend als eine Maßnahme, die den Schlossgarten und Durlach als Ganzes und als B-Zentrum stärke, sei man unbedingt dafür, im Rahmen der ausgeschriebenen Konzeption, eine solche Möglichkeit zuzulassen.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) begrüßt die Möglichkeit zur offenen Diskussion heute. Die Fraktion finde die Gastronomie im Schlossgarten eine absolute Bereicherung und eine schöne Ergänzung an Angeboten, was man an klassischen Cafés vielleicht in der Innenstadt habe. Hier sei es dann mehr im Grünen unter den Bäumen. Die Ausschreibung, die erfolgt sei, habe auch zum Ziel, dass familienfreundliche Angebote gemacht werden und die Fraktion habe das Gefühl, dass das Nebeneinander von Gastronomie, von Spielplatz, von Erholung unter dem schönen alten Baumbestand, sich sehr wohl und gut miteinander vertragen. Für Familien und Kinder sei im näheren Umfeld jede Menge getan. Auch der Spielplatz am Alten Friedhof sei saniert worden. Er glaube, hier habe man eine sehr gute und attraktive Mischung und die Gastronomie sei hier eine absolute Bereicherung. Auch wenn es aus der Not geboren war, sei es etwas, was man gerne und gut mit in die Zukunft nehme. Es habe sich auch gezeigt, dass es richtig gewesen sei, eine Ausschreibung zu machen. Man habe zwei Bewerber, die sich beworben haben und ihre Konzepte vorgestellt haben, die er auch beide für attraktiv und passend empfinde. Vielleicht sei es nachher auch die Qual der Wahl, für welchen der beiden Anbieter man sich entscheide.

OR Köster (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) möchte ausnahmsweise einen kurzen Satz zu seinem persönlichen Abstimmungsverhalten heute sagen. Dies deswegen, weil der Fraktion ein einziger Brief zugegangen sei, von jemandem, mit dem er sich in vielen Teilen nicht solidarisieren will, weil er denke, hier stimme vieles nicht, was dort drinstehe. Er

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 4: Gastronomieangebot im Schlossgarten Durlach**

wolle auch persönlich, weil er es sehr oft in Anspruch genommen habe, das tolle Engagement der Familie Lindig würdigen. Diese würden dies echt toll gemacht haben. Zu allem anderen schließe er sich zu hundert Prozent seinem Fraktionskollegen an.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und man könne zur Abstimmung kommen. Sie liest den Beschlusstext der Ziffer eins zur Abstimmung vor: „Der Ortschaftsrat beschließt die Realisierung eines gastronomischen Angebots im Schlossgarten unter den in der öffentlichen Ausschreibung genannten Rahmenbedingungen unter dem Vorbehalt der weiteren denkmalrechtlichen Prüfung.“

Ja-Stimmen:	13
Enthaltungen:	3
Nein-Stimmen:	3

Mehrheitlich zugestimmt.

Sie ruft zur Abstimmung von Ziffer 2, auf.

Petra Lindig GmbH:	12
Tawa Yama GmbH:	1
Enthaltungen:	6

Sie sagt zu, dass man sich noch einmal nicht-öffentlich, aber auch öffentlich gemeinsam mit den aktiven des Kultursommers austausche, was man hier sinnvollerweise für nächstes Jahr an welcher Stelle und mit welcher Intensität mache.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,
17:00 Uhr

Protokoll zu
TOP 5: Verkehrssituation Pfinztalstraße

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 5, Verkehrssituation Pfinztalstraße**, Antrag der CDU-OR-Fraktion vom 22.06.2021, auf.

Hier habe man zusätzlich die Prüfung aus dem Ältestenrat mit aufgenommen, dass man den westlichen Teil zur Hauptbahnstraße noch einmal untersuche. Sie vermute, man habe nur den neuen Teil der Pfinzstraße vergessen. Sie fragt, ob dies dann so erledigt sei.

- Zustimmung der antragstellenden Fraktion -

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 6: Parksituation Alte Weingartner Str. und Parkflächen am Turmbergbad

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 6, Parksituation Alte Weingartner Str. und Parkflächen am Turmbergbad**, Antrag der CDU-OR-Fraktion vom 22.06.2021, auf.

OR Griener (CDU-OR-Fraktion) sagt aus, dass dies soweit beantwortet sei. Man habe feststellen können, dass sich in den letzten drei Wochen tatsächlich etwas getan habe, dass mehrere Abschleppwägen die unsägliche Situation entlang der ehemaligen Polizeikaserne bereinigt haben. Es sei auch zugesagt worden seitens der Verwaltung, dass man dies prüfe, dass man hier ein Einfahrtsverbot mache im Bereich des Turmbergbades. Er habe die Verwaltung darum gebeten darauf zu achten, dass es natürlich auch nicht sein solle, dass die LKWs dann in die angrenzenden Wohngebiete verdrängt werden. Dies wolle niemand. Er wisse nicht, wie man dies regeln könne. Sein Vorschlag sei im Ältestenrat gewesen, da es wohl Fahrzeuge eines Unternehmens seien, was man anhand des Kfz-Kennzeichens eruieren könne, dass man mit dieser Firma Kontakt aufnehme. Wenn es das sei, was er vermute, würden diese einen Betriebshof in Karlsruhe haben und es sei in seinen Augen die Bequemlichkeit der Mitarbeitenden, die freitags ihr Fahrzeug mitnehmen und dies könne es nicht sein.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) informiert, dass man sich im Ältestenrat darauf verständigt habe, dass man zu den Parkflächen an der Polizeikaserne, die schon lange immer wieder Thema gewesen seien, man sich durchaus einen Vorschlag der Verwaltung machen lassen könne, wie man diese Fläche bewirtschaften könne, denn alle seien der Meinung, dass das Abstellen zwar in Ordnung sei, aber es müsse nicht kostenlos sein. Hier sei noch nichts beschlossen, aber wie eine Bewirtschaftung aussehen könne, wolle man sich von der Verwaltung vorschlagen lassen, was man dann hier im Gremium diskutieren und besprechen könne.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 7: Illegales Parken auf Carsharing-Parkflächen muss Konsequenzen haben

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 7, Illegales Parken auf Carsharing-Parkflächen muss Konsequenzen haben**, Antrag der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion vom 05.07.2021, auf.

Wer Zeitung lese, habe festgestellt, dass sich dies überholt habe, die Konsequenzen würden nun kommen.

OR Ruf (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) sagt aus, dass es zeitgleich mit der städtischen Stellungnahme eine Pressemitteilung der Stadt gegeben habe. Es habe auch einen Artikel in der BNN gegeben. Die Bottomline sei, dass die Stadt hart durchgreifen werde. Darauf sei die Fraktion gespannt und es würde für Carsharing-Nutzer sehr erfreulich sein, wenn sich etwas ändern würde. Notwendig hierfür seien Kontrollen, notwendig für Kontrollen seien Menschen, also Personal. Dies würden alle wissen. Er wolle noch die Anregung loswerden, falls dies nicht sowieso schon erfolge, dass man in der Statistik das illegale Parken auf Carsharing-Flächen gesondert erfasse, denn nur so werde der Effekt messbar und auch so werde man sehen, ob sich an der Situation etwas verbessere oder verschlechtere und nur dann könne man gegensteuern. Möglicherweise werde dies auch schon erhoben, dies wisse er nicht. Als er eine Anfrage zu diesem Thema letztes Jahr im Juli gestellt habe, habe die Stadt gesagt, es gebe im Jahr ca. 165.000 Fälle. Hier habe es keine gesonderte Rubrik gegeben.

Dann habe er noch eine Frage von vor einem Jahr, welche man dann in der September Sitzung 2020 behandelt habe. Damals habe es die App „Wegeheld“ gegeben. Diese habe Privatpersonen dabei unterstützt, Privatanzeigen bei dem zuständigen Ordnungsamt vorzunehmen. Er finde es nicht gut, dass es so viel illegales Parken und zu wenige Kontrollen durch öffentliche Organe gebe, dass Privatanzeigen überhaupt notwendig seien. Die Frage konkret sei aber, da „Wegeheld“ und „weg.li“ zusammen gegangen seien, wie das Ordnungsamt bzw. die Bußgeldstelle damit umgehe. Ihn würde es interessieren, und er wolle eine öffentliche Stellungnahme dazu zu erhalten. Denn man gehe im Prinzip davon aus, dass dies ein systematisches Problem sei. Im Hellfeld erfasse man bestimmte Sachen. Man erfasse bspw. das, was ungefähr Faktor 100 liege zwischen den geahndeten Vergehen auf Parkflächen, auf denen ein Ticket erforderlich sei und beispielsweise illegalem Parken auf Radwegen. Er vermutete, dass hier ungleich kontrolliert werde.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt aus, dass man diese Frage weitergeben werde. Die Anregung mit der Statistik könne man für den KOD im eigenen Bereich zum Einsatz bringen. Man werde dies aber auch insgesamt ans Ordnungsamt weitergeben.

OR Wenzel (Freie Wähler-OR-Fraktion) hat eine Frage. Durch den Artikel, der heute in der BNN gestanden habe sei er angesprochen worden. An so einem Carsharing-Parkplatz würden alle Carsharing-Unternehmen in Deutschland parken dürfen und er fragt, warum Leihwagenunternehmen ausgeschlossen seien. Er sei dies heute gefragt worden und habe gedacht, er fragt heute nach.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 7: Illegales Parken auf Carsharing-Parkflächen muss Konsequenzen haben

Blatt 2

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, weil ein Leihwagen kein Carsharingwagen sei. Es gebe spezielle Zertifizierungen und Plaketten.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) sagt aus, es gebe tatsächlich diese Plaketten und dies sei auch sein Wunsch. Seine Frau sei auch Stadtmobilkunde und diese würden diese Plaketten nicht haben. Es gebe eine offizielle Plakette und dies würde dann anderen Anbietern auch ermöglichen, dort zu parken. Wohlgemerkt seien dies keine Stadtmobilparkplätze, sondern Carsharing-Parkplätze. Er wolle anregen, dass man darüber offiziell aufkläre und informiere. Eine Melde-App für belegte Carsharing-Parkplätze würde er sich nicht unbedingt wünschen.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 8: Ziele des Naturparks Schwarzwald Mitte/Nord für Durlach

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 8, Ziele des Naturparks Schwarzwald Mitte/Nord für Durlach**, Antrag der FDP-OR-Fraktion vom 26.07.2021, auf.

Man habe zu der Vorlage aus der Stadtverwaltung noch ein paar ergänzende Dinge, die man schon angefangen und initiiert habe, beigelegt. Sie wolle sagen, dass man ganz am Anfang stehe. Es sei auch ein Apell an das Gremium. Man sei nun darauf angewiesen, dass wenn das Gremium bestimmte Punkte habe, diese melde und vorschlage, sodass man sie in die Konzepterstellung einbringen könne und auch zur KTG oder zum Forstamt transportiere oder untereinander diskutiere. So könne man diese Mitgliedschaft mit einem schönen Leben füllen. Ihr persönlich sei aber auch wichtig, dass man es mit den Ortsvorstehern und Ortschaftsräten der beteiligten Bergdörfer tue. Vielleicht auch mit Grötzingen. Sie glaube, je mehr man sich zusammentue, desto schöneres könne entstehen. Sie habe es im Ältestenrat gesagt, die Naturparkverwaltung sei personell nicht so aufgestellt, dass sie in jeden Ortschaftsrat gehen könne und dies vorstellen könne. Es gebe die Möglichkeit, dass Herr Kienzler vom Forstamt noch etwas sagen könne. Sie fände es schön und dies sei der Vorschlag, wenn man eine gesonderte Veranstaltung mache, wo man dann auch alle Ortschaftsräte der Bergdörfer mit einlade. Dann sehe man sich auch mal wieder und es gebe einen gewissen Kontakt. Dazu solle man dann auch die Presse einladen und dann habe es auch die entsprechende Wirksamkeit. So habe man sich verständigt.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) sagt aus, dass alle für den Klimaschutz seien und mit der Mitgliedschaft im Naturpark Nordschwarzwald könne man tatsächlich mal effektiv einsteigen. Er begrüße den Vorschlag, dass man hier eine separate Veranstaltung mache und dass viele Vorschläge zusätzlich eingebracht werden und man sich dahinterklemme, dass hier etwas geschehe.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ergänzt, dass man hier auch die politische Unterstützung brauche, weil wie es aus der Antwort auch hervorgehe, seien keine gesonderten Gelder verfügbar. Man müsse bei jedem einzelnen Projekt wieder um die Finanzierung kämpfen und dies tue man am besten auch gemeinsam. Bei der Augenblicke-Tour sei man recht gut vorwärtsgekommen, auch die Aussichtspunkte habe man in Teilen definiert. Beim Naturparkmarkt habe man bereits Gespräche geführt. Herr Baumbusch vom Marktamt habe bereits zugesagt, dass er dies unterstütze und mitorganisiere. Bei den Geo-Touren habe man schon erste Angebote eingeholt. Man sei aber auf den Input aus dem Gremium angewiesen. Wichtig sei, dass man es gemeinsam mache. Man dürfe sich nicht nur auf Tourismus und Gastronomie beziehen, dies werde bereits stark von der KTG abgedeckt, sondern auch auf den Nachhaltigkeits- und Klimagedanken und den schönen Aufenthalt in der Natur. Man müsse nicht die Weltbevölkerung einladen, man habe extrem viel zu bieten für die Karlsruherinnen und Karlsruher, die hier wohnortnah etwas machen können. Hier freue man sich auf die Zusammenarbeit.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 9: Uferweg an der Pfinz zwischen Hubstraße und Pforzheimer Straße

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 9, Uferweg an der Pfinz zwischen Hubstraße und Pforzheimer Straße**, Antrag der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion vom 07.08.2021, auf.

OR Köster (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) sagt aus, dass die Antwort nachvollziehbar sei. Die Anregung sei von außerhalb der Fraktion gekommen. Man habe die Anregung zunächst logisch und gut gefunden. Das gute an der Antwort sei, man wisse jetzt was gehe und was nicht. Leider sei nicht auf die im Antrag enthaltene Anregung im Bereich dieser Treppenanlage, dies es genau in diesem Abschnitt gebe, eingegangen. Hier wolle man nochmal nachfassen, wie es hier aussehe. Eine weitere Frage sei, wie es zu dem Weg im östlichen Teil gekommen sei, denn dieser sei auch nicht von Anfang an dagewesen. Gefühlt sei er 30 Jahre dort. Er vermute, dass es heute beim Gartenbauamt oder durch Gesetze andere Sichtweisen gebe. Diese Frage würden man gerne noch geklärt haben.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dies werde man weitergeben.

OR Wenzel (Freie Wähler-OR-Fraktion) hat eine Anregung zu diesem Antrag. Ihn störe immer wieder, wenn er den unteren Flussweg benutze, dass dieser immer häufiger von Fahrradfahren genutzt werde. Dies sei eine Zeit lang klar gewesen, wegen der Baustelle an der Pfinzstraße und dem Bauvorhaben. Aber er frage, ob man dies nicht trennen könne. Denn der untere Weg werde von Kindern genutzt und die Fahrradfahrer und die elektrischen Fahrradfahrer würden dort immer schneller werden. Vielleicht könne man dies in Zukunft trennen, dass der untere Fußweg nur ein Fußweg sei und kein Fahrradweg.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dies nehme man mit auf.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 10: Mitteilungen Stadtamt Durlach

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 10, Mitteilungen Stadtamt Durlach**, auf und teilt mit, dass es keine Mitteilungen gebe.

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 11: Mündliche Frage**

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 11, Mündliche Fragen**, auf.

OR Wenzel (Freie Wähler-OR-Fraktion) hat eine Frage, die den Festplatz in Durlach-Aue betreffe. Man wisse, dass diese Abstellfläche für Baumaterial des Sanierungsgebietes in Durlach sei. Er werde immer wieder gefragt, wie die Zukunft dieses Festplatzes aussehe. Hier würden auch alte Autos und Autoreifen stehen. Die Frage sei, ob es ein Konzept gebe in Zusammenhang mit dem unteren Säuterich und ob dies auf Dauer noch so furchtbar aussehen solle, wie momentan.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) teilt mit, dass man dies anfragen werde.

OR Kehrlé (CDU-OR-Fraktion) fragt, ob die Möglichkeit bestehe, einen zusätzlichen Mülleimer am Saumarkt zu installieren, an der Bepflanzung in den Straßenraum. Dies sei in Richtung Basler-Tor sehr hilfreich. Und zweitens sei auf dem Marktplatz einer der Stromkästen im Boden. Hier haben 8 Wochen lang zwei Warnwägen des Tiefbauamtes gestanden. Nun sei dies abgesperrt. Zwischenzeitlich sei die Telekom dagewesen und habe 300 Bodenkästen neugemacht. Er fragt, ob man diesen einen in 10 Wochen gemacht bekomme.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt aus, dass man dies weitergeben werde. Beim Saumarkt müsse sie sagen, da dieser in letzter Zeit wirklich belebter sei und sich die Menschen aufhalten würden, spreche vieles dafür, hier auch mehr Abfalleimer hinzumachen. Es würden auch mehr Bänke dort stehen und dies werde über alle Generationen angenommen.

OR Frey (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) sagt aus, dass seit geraumer Zeit der Aufzug am Bahnhof in Reparatur sei. Es könne auch am Materialmangel liegen. Dies mache es für die Bewohner der Untermühlsiedlung oder für Reisende schwer. Hinten sei sowieso keiner und vorne sei er seit ewigen Zeiten kaputt.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. September 2021,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 11: Mündliche Frage

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, man werde nachfragen.

Sie stellt keine weiteren Wortmeldungen fest, bedankt sie sich recht herzlich bei allen Anwesenden und schließt die Sitzung um 19:32 Uhr.

Die Vorsitzende:

Die Urkundsbeamten:

.....
Alexandra Ries
Ortsvorsteherin

.....
OR Griener
(CDU-OR-Fraktion)

Der Protokollführer:

.....
OR Siebach
(SPD-OR-Fraktion)

.....
Matthias Hoffmann
(StaDu)